

8. Sitzung

am Dienstag, dem 21. Februar 2012

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung 316

Fragestunde

1. Beendigung des Afrika-Projektes bei der AIDS-/STD-Beratungsstelle im Gesundheitsamt Bremen

Anfrage der Abgeordneten Bensch, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2012 316

2. Finanzierung der Sanierung des Klinikums Bremen Ost

Anfrage der Abgeordneten Bensch, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 26. Januar 2012 317

3. Veröffentlichung der Standorte von Überwachungskameras

Anfrage der Abgeordneten Frau Vogt
und Fraktion DIE LINKE vom 31. Januar 2012 318

4. Autofreier Sonntag 2012

Anfrage der Abgeordneten Saxe, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Februar 2012 320

5. Konzept zur Sanierung des Sportbads Uni

Anfrage der Abgeordneten Hinners, Knäpper, Strohmänn, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 7. Februar 2012 321

6. Umkleidekabinen des Sportvereins Weser von 1908

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Fecker, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2012 322

7. Streusalzeinsatz minimieren

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Saffe, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Februar 2012 323

Aktuelle Stunde 325

Stand der Angebote zur kulturellen Bildung und Teilhabe in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. November 2011
(Drucksache 18/57 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2012

(Drucksache 18/89 S)

Abg. Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen)	325
Abg. Gürlevik (SPD)	326
Abg. Frau Häsler (CDU)	327
Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen)	328
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	329
Bürgermeister Böhrnsen	330

Flächennutzungsplan Bremen

in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001

111. Änderung

- Neustadt (Hanna-Kunath-Straße)

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2012

(Drucksache 18/85 S)

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 79

(Vorhaben- und Erschließungsplan)

für die Erweiterung des Betriebsgeländes der Firma AES System GmbH

an der Hanna-Kunath-Straße in Bremen-Neustadt

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2012

(Drucksache 18/86 S) 331

Stadt am Fluss land- und wasserseitig weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 25. Januar 2012

(Drucksache 18/88 S)

Abg. Frau Garling (SPD)	332
Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen)	333
Abg. Rupp (DIE LINKE)	334
Abg. Kastendiek (CDU)	335
Abg. Rupp (DIE LINKE)	336
Abg. Kottisch (SPD)	337
Senator Dr. Lohse	337
Abstimmung	338

Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses	338
--	------------

Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Februar 2012

(Drucksache 18/93 S)

Abg. Pohlmann (SPD)	339
Abg. Werner (Bündnis 90/Die Grünen)	340
Abg. Frau Vogt (DIE LINKE)	341
Abg. Strohmann (CDU)	343
Abg. Pohlmann (SPD)	344
Senator Dr. Lohse	345
Abstimmung	346

Quartier um die Discomeile am Breitenweg nachhaltig neu entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 16. Februar 2012

(Neufassung der Drucksache 18/94 S vom 14. Februar 2012)

(Drucksache 18/97 S)

Abg. Senkal (SPD)	347
Abg. Frau Neddermann (Bündnis 90/Die Grünen)	348
Abg. Strohmann (CDU)	349
Abg. Rupp (DIE LINKE)	350
Abg. Pohlmann (SPD)	351
Abg. Hinnert (CDU)	352
Abg. Senkal (SPD)	353
Abg. Rupp (DIE LINKE)	354
Senator Dr. Lohse	355
Abstimmung	356

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6
vom 15. Februar 2012**

(Drucksache 18/95 S) 356

Änderung der Aufgaben des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU

vom 21. Februar 2012

(Drucksache 18/99 S) 356

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Frau Bernhard, Saffe,
Frau Wendland.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens**
Vizepräsidentin Schön**Schriftführerin Hiller**
Schriftführerin Dr. Mohammadzadeh

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für kirchliche
Angelegenheiten und für Kultur

Bürgermeisterin **Linnert** ((Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Staatsrat **Frehe** (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)

Staatsrätin **Friderich** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die achte Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können. Diesem Umdruck können Sie auch den Eingang gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen; es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 12, Änderung der Aufgaben des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU, Drucksache 18/99 S.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Bürgerbeteiligung in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. November 2011
Dazu
Antwort des Senats vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/91 S)
2. Suchtpräventionsarbeit durch öffentliche Träger in Bremen-Nord
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. Dezember 2011
Dazu
Antwort des Senats vom 31. Januar 2012
(Drucksache 18/90 S)
3. Insolvenz der Bremer Bootsbau Vegesack gGmbH (BBV)
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Dezember 2011
Dazu
Antwort des Senats vom 7. Februar 2012
(Drucksache 18/92 S)
4. Schulentwicklung im Bremer Westen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. Februar 2012
5. Bauanträge in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. Februar 2012
6. Überseestadt weiter zum lebendigen Quartier entwickeln
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2012

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Das ist nicht der Fall!

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Klaus-Rainer Rupp zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen und ihm viel Kraft wünschen für seine politische Arbeit für dieses Haus. Herzliche Glückwünsche, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen sieben frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel **„Beendigung des Afrika-Projektes bei der AIDS-/STD-Beratungsstelle im Gesundheitsamt Bremen“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bensch!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die bisherige Arbeit des mehrfach ausgezeichneten Afrika-Projektes bei der AIDS-/STD-Beratungsstelle des Gesundheitsamtes Bremen?

Wie schätzt der Senat den Präventions- und Beratungsbedarf von Schwarzafricanern durch die AIDS-/STD-Beratungsstelle im Gesundheitsamt Bremen ein?

Wie wird der Senat diesen Bedarf zukünftig abdecken?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Arbeit des wie vorgesehen zum 31. Dezember 2011 befristeten Afrika-Projektes bei der AIDS-/STD-Beratung - AIDS-/sexually transmitted diseases-Beratung - wurde erfolgreich abgeschlossen. Es eröffnete der AIDS-/STD-Beratung des Gesundheitsamtes den Zugang zu in Bremen lebenden Schwarzafrikanern. Neue, für afrikanische Gemeinschaften besonders geeignete Präventionsmethoden wurden entwickelt.

Zu Frage 2: Schwarzafrikaner gehören zu den Bevölkerungsgruppen, in deren Heimatländern AIDS häufig eine weit verbreitete Krankheit ist. Daraus resultierend wird bei diesen Bevölkerungsgruppen ein hoher Präventions- und Beratungsbedarf angenommen. Die AIDS-/STD-Beratung im Gesundheitsamt Bremen begegnet diesem Bedarf in ihrer alltäglichen Arbeit, ähnlich wie bei anderen Gruppen mit Beratungsbedarf und besonderen Risiken.

Zu Frage 3: Gestützt auf die in der Projektarbeit erschlossenen und auch weiterhin nutzbaren Zugangswege zu Schwarzafrikanern können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AIDS-/STD-Beratung Präventionsmaßnahmen, Beratung und Begleitung von HIV-infizierten Afrikanern in verbesserter Form und gezielt auch zukünftig fortsetzen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Bensch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Verstehe ich Sie jetzt richtig, dass ein erfolgreiches Projekt beendet wurde, dass eine Stelle wegfällt und dass die Aufgaben jetzt von den für Regelaufgaben zur Verfügung gestellten Mitarbeitern wahrgenommen wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ja!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin Dr. Kappert-Gonther!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich darf voraussetzen, dass Sie wissen, dass der bisherige Koordinator dieses Projekts durch seine Herkunft in der schwarzafrikanischen Community verankert war. Wie will der Senat sicherstellen, dass diese Verankerung auch in der Folge nicht wegfallen wird, oder andersherum ausgedrückt, dass diese Verankerung auch zukünftig sichergestellt wird?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich hoffe, dass die Kontakte, die inzwischen bestehen, und die hoffentlich abgebaute Schwellenangst dazu führen, dass es auch weiterhin eine vernünftige Beratung gibt. Wir hatten ein befristetes Projekt, das beendet ist. Bei befristeten Projekten existiert immer das Problem der Weiterfinanzierung. Diese können wir nicht darstellen. Wir haben uns bemüht, sie darzustellen, auch versucht, mit den Krankenkassen eine Lösung zu finden. Das ist nicht gelungen.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete Dr. Kappert-Gonther, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist geplant, dass auch evaluiert wird, ob diese Verankerung weiter stattfinden wird und ob auch wirklich das eintritt, was Sie jetzt antizipieren, dass die Vorarbeit ausreicht, um die Arbeit erfolgreich fortzusetzen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Nein, das ist im Augenblick nicht geplant, aber wir könnten das noch einmal gemeinsam in der Deputation besprechen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Finanzierung der Sanierung des Klinikums Bremen-Ost**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bensch, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Bensch!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir fragen den Senat:

Mit welchem Erlös rechnet der Senat durch den Verkauf von frei werdenden Grundstücken auf dem derzeitigen Gelände des Klinikums Bremen-Mitte?

Wofür beabsichtigt der Senat, die Erlöse aus diesen Grundstücksverkäufen einzusetzen?

Wie bewertet der Senat den Vorschlag, Teile dieses Erlöses für die Sanierung des Klinikums Bremen-Ost beziehungsweise einen Neubau einzusetzen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2: In der am 22. Juni 2010 beschlossenen Senatsvorlage „Konzept zur Entwicklung und Vermarktung der Freimachungsflächen am Klinikum Bremen-Mitte“ wurde auf der Grundlage einer Vorstudie, gestützt durch eine Grundstücksbewertung durch den Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Bremen, Bezug genommen, wonach mit einer Bruttoerlösspanne zwischen 38 und 54 Millionen Euro für eine Fläche von 13,9 Hektar zu rechnen ist. Dem prognostizierten Bruttoerlös stehen Gesamtprojektkosten von bis zu 23 Millionen Euro gegenüber. Daraus würde eine Nettoerlösspanne von 15 bis 31 Millionen Euro resultieren.

Zu Frage 3: Derzeit wird ermittelt und geprüft, welche Investitionsbedarfe insgesamt im Klinikverbund bestehen. Im Zuge dieses Prozesses sind verschiedene Finanzierungsoptionen zu prüfen. Dazu gehört auch der in dieser Frage angesprochene Weg. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Bensch, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Das eröffnet natürlich jetzt die Möglichkeit, viele Zusatzfragen zu stellen. Ich versuche aber trotzdem, es mit einer zusammenzufassen! Wann können Sie uns in der Gesundheitsdeputation eine Vorlage präsentieren, aus der hervorgeht, was nun wirklich konkret vorgesehen ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Eine schwierige Frage, wenn ich mich jetzt auf einen Termin festlegen sollte! Ich hoffe, dass ich Ihnen darauf im Laufe dieses Jahres eine Antwort in der Gesundheitsdeputation geben kann. Das soll heißen, dass wir eine Staatsräte-Arbeitsgruppe dazu gegründet haben, dass wir eine Zwischenbilanz des Sanierungskurses und dieser Investitionsfragen insgesamt planen und auch den Senat damit begrüßen wollen. Dabei werden wir selbstverständlich auch die Deputation einbinden.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Bensch, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bensch** (CDU): Wir haben jetzt hier über die Finanzierung und Investitionsbedarfe des Klinikums Bremen-Ost gesprochen. Die GeNo als städtischer Gesundheitskonzern hat noch weitere Kliniken, auch die haben Investitionsbedarfe.

Werden diese berücksichtigt, wenn es um den Umgang mit Erlösen aus dem Verkauf von ehemaligem Eigentum des Klinikums Bremen-Mitte geht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das wird gerade die Aufgabe auch der Staatsräte-Arbeitsgruppe sein, die ich eben erwähnt habe, dass man nicht nur auf den Investitionsbedarf des Klinikums Bremen-Ost schaut, denn auch an anderer Stelle gibt es ihn. Im Klinikum Bremen-Ost ist er aber besonders hoch.

Präsident Weber: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? - Frau Senatorin, eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther!

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen): Dürfen wir davon ausgehen, Frau Senatorin, dass Sie spätestens in der übernächsten Sitzung der Gesundheitsdeputation Hinweise darauf geben können, welchen Umbaubedarf es überhaupt im Klinikum Bremen-Ost gibt, also welche strukturellen Veränderungen dort jenseits der Frage, wie nachher die Finanzierung aussehen wird, vorgenommen werden müssen? Darauf hatten Sie gerade geantwortet. Aber können wir mit der Antwort, welche Bedarfe es überhaupt gibt, möglicherweise schon innerhalb der nächsten acht Wochen rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie hatten eine Anfrage dazu in der Deputation gestellt. Inzwischen hat eine erste Arbeitssitzung - die hatte ich Ihnen angekündigt - zu verschiedenen Varianten stattgefunden, die bereits dem Aufsichtsrat des Klinikums Bremen-Ost vorgestellt worden sind und die ich mir noch einmal habe vortragen lassen. Alles sehr kompliziert! Ich hoffe, dass ich Ihnen rechtzeitig, so wie Sie es eben gesagt haben, über die Varianten, was sich ausschließt und in welchen Größenordnungen man denken muss, in der Gesundheitsdeputation berichten kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Veröffentlichung der Standorte von Überwachungskameras**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Abgeordnete Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie weit ist der Senat mit dem Vorhaben, ein Verzeichnis aller stationären öffentlichen Überwachungskameras im Internet zu veröffentlichen, wie es die Stadtbürgerschaft in ihrer 46. Sitzung der vergangenen Legislaturperiode, Dezember 2010, gefordert hat, und für wann rechnet der Senat mit der Veröffentlichung dieses Verzeichnisses?

Zweitens: Wie haben sich die Verhandlungen mit den Aufstellern und Aufstellerinnen privater Überwachungskameras mit dem Ziel, diese ebenfalls in das Verzeichnis aufzunehmen, bisher entwickelt, und wie bewertet der Senat das Ergebnis?

Drittens: Plant der Senat, dieses Verzeichnis gemäß der Kriterien seiner Open-Data-Strategie auszugestalten und damit eine Weiterverarbeitung der Standortdaten zu ermöglichen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Strehl.

Staatsrat Strehl: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Planung des Vorhabens, die Standorte im öffentlichen Bereich, an denen Überwachungskameras installiert sind, im Internet zu veröffentlichen, ist noch nicht abgeschlossen. Eine Veröffentlichung des Verzeichnisses soll vorbehaltlich des Ergebnisses des Abstimmungsverfahrens mit den Ressorts und Dienststellen noch im Jahr 2012 erfolgen.

Zu Frage 2: Verhandlungen mit Aufstellerinnen und Aufstellern von Videoüberwachungsanlagen im nicht öffentlichen Bereich mit dem Ziel, diese ebenfalls in das Verzeichnis aufzunehmen, haben bislang nicht stattgefunden. Zudem kann der Senat aufgrund der nicht bestehenden gesetzlichen Meldepflicht nur in Einzelfällen Kenntnis von Videoüberwachungsanlagen im nicht öffentlichen Bereich erlangen.

Zu Frage 3: Die Datenstruktur des geplanten Verzeichnisses wird technisch entsprechend vorbereitet, sodass die eingegebenen Standortdaten standardisiert vorliegen und damit weiterverarbeitet werden können. Die Pflege der Daten soll dabei dezentral durch die Ressorts erfolgen, das zugehörige Redaktionskonzept muss noch erarbeitet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Frau Vogt!

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE): Sie haben gesagt, die Verhandlungen mit den Aufstellern privater Überwachungskameras hätten noch nicht stattgefunden. Werden sie denn, soweit das bekannt ist, in diesem Jahr noch aufgenommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Strehl: Wir werden unsere Open-Data-Strategie fortsetzen, weil wir dort erfolgreich sind. Auch hinsichtlich der Überwachungskameras werden wir das in diesem Jahr umsetzen. Die Verhandlungen mit Privaten sind insofern schwierig, als wir nach dem Melderecht keine Chance haben, darauf zuzugreifen. Wir sind aber bestrebt, dass wir auch da einen vernünftigen Vorschlag entwickeln.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Staatsrat, können Sie sagen, welche Gründe für den Senat vorliegen, die Standorte dieser Kameras zu veröffentlichen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Strehl: Es gibt offensichtlich ein großes Interesse in der Bürgerschaft zu erfahren, wo Überwachungskameras stehen. Dieses offensichtliche Interesse widerspricht nicht gesetzlichen Grundlagen, sodass wir meinen, diesem Interesse auch nachkommen zu können. Es gehört auch zur Strategie, die wir in dem Bereich haben, Sachen, die wir transparent gestalten können, auch transparent zu machen.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Staatsrat, es ist ja so, dass Kameras im öffentlichen Raum sehr unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Gilt das, was Sie hier jetzt eben gesagt haben, für alle Kameras? Meine zweite Frage an der Stelle: Können Sie auch die unterschiedlichen Aufgaben hier einmal kurz skizzieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Strehl: Jetzt bitte ich um Verständnis, dass ich da nicht in den Bereich des Ressorts für Inneres eingreifen möchte! Ich habe gerade formuliert, dass wir inhaltliche Fragen, die gesetzlich möglich sind, umsetzen wollen. Alle weiteren Fragen müssen wir dann im Senat besprechen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über den **Autofreien Sonntag 2012**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Saxe, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Saxe!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist für dieses Jahr die Fortsetzung des autofreien Sonntags geplant, und wie ist gegebenenfalls der Stand der Vorbereitungen?

Zweitens: Welcher zeitliche Rahmen dafür und welcher Veranstaltungszeitraum sind geplant?

Drittens: Ist auch ein dezentrales Konzept ergänzend in Planung oder denkbar, bei dem sich Veranstaltungen und Stadtteilstellen in Bremen für autofrei erklären und dabei das Logo nutzen und andere Unterstützung erhalten würden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der autofreie Sonntag soll im September 2012 im Rahmen der europäischen Woche der Mobilität stattfinden. Derzeit werden mit verschiedenen Akteuren Vorgespräche geführt, in welcher Form und gegebenenfalls mit welchen weiteren Kooperationspartnern der autofreie Sonntag durchgeführt werden wird.

Zu Frage 2: Derzeit ist geplant, dass der autofreie Sonntag - wie bisher - ganztägig stattfinden soll. Aufgrund der finanziell engen Rahmenbedingungen wird der Veranstaltungsraum lokal begrenzter sein als im Veranstaltungsjahr 2010 und sich nach derzeitiger Planung auf das Remberti- und Bahnhofsviertel fokussieren.

Zu Frage 3: Ein darüber hinausgehendes dezentrales Konzept ist denkbar und wünschenswert. Es wird im Rahmen der weiteren Planung des autofreien Sonntags weiter verfolgt und geprüft werden. Dies gilt auch für ein mögliches Logo, das es noch zu entwickeln gilt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Saxe, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben eben schon die angespannte finanzielle Situation für diese Veranstaltung angesprochen. Wie planen Sie den Kostenrahmen in diesem Jahr im Vergleich zu der letzten Veranstaltung?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Wir wollen den Kostenrahmen deutlich begrenzter halten. Es ist nicht nur hier in Bremen, sondern auch in niedersächsischen Gemeinden verschiedentlich Thema geworden, wie viel Geld man für solche Veranstaltungen ausgeben sollte. Die Situation für uns ist die, dass wir in der Koalitionsvereinbarung den Auftrag haben, einen solchen Tag auszurichten. Gleichzeitig haben wir gesagt, dass wir nicht so viel Geld dafür ausgeben wollen, wie in der Vergangenheit. Im Jahr 2010 sind deutlich über 200 000 Euro in eine solche Veranstaltung geflossen. Das schien mir ein bisschen viel zu sein. Ich habe deswegen gesagt, dass wir bei dieser Veranstaltung deutlich im fünfstelligen Bereich bleiben wollen.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Saxe, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Saxe** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Örtlichkeit, die Sie eben genannt haben, ist in der Innenstadt und umfasst auch die Discomeile, zu der heute ein Antrag debattiert wird. Inwieweit kann man sich vorstellen, das Innenstadtkonzept und die Aufwertung der Discomeile dort thematisch behandeln zu können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich kann mir sehr gut vorstellen, beide Themen miteinander zu verbinden. Was wir im Ressort dieses Mal anders als in der Vergangenheit handhaben, ist, dass wir auch den Fachbereich Bau - und damit die Stadtplanung und die Stadtentwicklung - in die Veranstaltung dieses autofreien Tages einbeziehen, um die verkehrlichen, die umweltbezogenen und die städtebaulichen Fragen miteinander zu verbinden. Die Wahl des Ortes, wo wir das machen wollen, ist genau der Tatsache geschuldet, dass das Bahnhofsviertel eine wichtige Rolle bei der Innenstadtentwicklung spielt. Daher kann ich mir gut vorstellen, dass in die weiteren konzeptionellen Überlegungen auch die Frage der Entwicklung im Bereich der Discomeile Eingang finden wird.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf das **Konzept zur Sanierung des Sportbads Uni**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hinners, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Abgeordneter Hinners!

(Zuruf von der SPD: Der ist im Unibad!)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Strohmann, möchten Sie die Anfrage stellen? - Das zeichnet einen flexiblen Abgeordneten aus.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Er kommt nicht ins Schwimmen!)

Es ist die fünfte Anfrage, Herr Abgeordneter!

Abg. **Strohmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wann will der Senat ein Konzept zur Sanierung des Sportbads Uni vorlegen, und für wann ist der Beginn der Sanierungsmaßnahmen geplant?

Was hat der Senat seit der Berichterstattung über die Sanierungsbedürftigkeit des Sportbads Uni im Juni 2011 unternommen, um den Sanierungsstau im Sportbad Uni zu beheben?

Inwiefern sollen die Kosten einer Sanierung durch Haushaltsmittel erfolgen, und sind andere Finanzierungskonzepte oder anteilige Finanzierungen vorgesehen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hätte Ihnen die Antworten auch so gegeben. Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat beabsichtigt, im Rahmen der Haushalte 2012/2013 die für den Betrieb des Bades erforderlichen Sanierungsmaßnahmen anzugehen. Über den Umfang, den Zeitplan und die Finanzierung der Maßnahmen ist im Einzelnen noch zu entscheiden. Der Senat hat am 14. Februar 2012 beschlossen, 500 000 Euro Planungsmittel für Vorhaben im Bäderbereich für das Jahr 2012 bereitzustellen.

Zu Frage zwei: Im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung wird das Bad durch die Universität in einem betriebsfähigen Zustand gehalten. Eine Arbeitsgruppe unter Federführung der Senatskanzlei

und mit Beteiligung der Senatorin für Finanzen, des Senators für Inneres und Sport, der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit sowie der Universität hat notwendige und optionale Sanierungsmaßnahmen erfasst und dafür Kostenschätzungen vorgenommen.

Zu Frage drei: Siehe Antwort zu Frage eins! Die Nutzung einer Contracting-Finanzierung ist aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Strohmann, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Frau Senatorin, hat die Sanierung finanzielle Auswirkungen auf die anderen Bäder in der Stadt oder auf das Bäderkonzept?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Die Planungsmittel stehen insgesamt für die Fragen der Sanierung im Bäderbereich zur Verfügung, das heißt, nicht ausschließlich für das Sportbad Uni, aber beim Sportbad Uni ist es besonders dringlich, weil wir Probleme mit der Lüftungsanlage haben und die Betriebsfähigkeit hergestellt werden muss. Insofern kann man sicherlich in Schritten denken, sodass auch die anderen Bäder davon durchaus profitieren können. Es ist aber durchaus eine Dringlichkeit gegeben.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Strohmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Haben Sie auch die Option einer Schließung einmal in Betracht gezogen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich persönlich?

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein, Ihr Ressort, Sie persönlich nicht!)

Ich muss ehrlich sagen, ich bin froh, dass wir eine Entscheidung getroffen haben - und ich habe das auch im Senat so vorgetragen -, dass demnächst der Senator für Inneres und Sport zuständig ist, weil wir nämlich wissen, dass dieses Bad wirklich ein Sportbad ist. Das soll keine Verschiebung der Zuständigkeiten mit Schaden sein, sondern es ist das einzige Bad, das eine 50-Meter-Bahn hat und damit auch wirklich für den Schwimmsport zur Verfügung steht. Es wird zu 75 Prozent von Vereinen und der Öffentlichkeit und kaum noch von der Universität genutzt wird, insbesondere seit-

dem der Studiengang Sportwissenschaften geschlossen ist. Deswegen hat - wenn Sie mich persönlich fragen - die Universität kein großes Interesse mehr an diesem Bad, aber die Sportöffentlichkeit und die Vereine haben ein großes Interesse. Insofern will sich der Senat auch dieser Aufgabe stellen.

Präsident Weber: Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Umkleidekabinen des Sportvereins Weser von 1908**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Mustafa Öztürk, Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Abgeordneter Öztürk!

Abg. Mustafa **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den Zustand der Umkleidekabinen des Sportvereins Weser von 1908, und welchen Handlungsbedarf sieht er?

Zweitens: Welche Entwicklungsperspektive sieht der Senat in Bezug auf die von insgesamt drei Sportvereinen genutzte Sportanlage?

Drittens: In welcher Form ist der Beirat Walle in die bisherigen Planungen eingebunden?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Umkleidekabinen auf der Sportanlage Hohweg bedürfen auch nach Auffassung des Senats einer umfassenden Erneuerung. Die Frage, ob eine Sanierung im Vergleich zu einem Abriss und Neubau wirtschaftlicher ist, wurde mit dem Ergebnis geprüft, dass ein Abriss und Neubau die wirtschaftlichere Variante darstellen.

Nachdem auch der Sportverein Weser von 1908 als Teileigentümer des derzeitigen Gebäudes keinen Bedarf mehr für seine dort vorhandene Platzwartwohnung sieht, steht einem Abriss des Gebäudes mit anschließendem Neubau des Umkleidebereichs nichts entgegen. Diese Lösung soll nach Erstellung der notwendigen Planungsgrundlagen im Rahmen der verfügbaren Mittel und der zu beachtenden Prioritäten umgesetzt werden.

Zu Frage 2: Der Senat geht von einem dauerhaften Erhalt der Sportanlage Hohweg aus.

Zu Frage 3: Der Fachausschuss Migration, Kultur und Sport des Beirats Walle hat sich bei den drei Vereinen über den Zustand der Umkleidebereiche informiert und unterstützt deren Forderung nach einem Neubau an der Stelle. Nach Vorliegen der Neubauplanungen erfolgt deren Abstimmung mit den Beiräten durch das Ressort Inneres und Sport. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Öztürk, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Mustafa **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für die ausführliche und erfreuliche Nachricht, Frau Bürgermeisterin! Wann ist damit zu rechnen, dass die Planung ungefähr abgeschlossen ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Mit der Planung kann man relativ schnell fertig werden. Das ist, denke ich, in diesem Jahr sicherlich möglich, zumal es auch Vorarbeiten gibt. Aus Sicht des Vereins ist die entscheidendere Frage sicherlich, wann wir das schaffen können und in welchem Haushaltsjahr wir den Neubau bewerkstelligen können. Ich habe dem Beiratsbeschluss entnommen, dass sich der Verein wünscht, dass das im Jahr 2013 der Fall sein soll. Ich habe bei den Planungen, die ich für die nächsten Jahre gesehen habe - nach einer von der Bürgerschaft beschlossenen Prioritätensetzung geben wir unser Geld so aus, dass immer die Fragen Brandschutz, zweiter Rettungsweg, Schadstoffe entsorgen und Tragwerksprobleme Vorrang haben -, eher den Eindruck, dass wir das 2013 eher nicht, sondern eher 2014 schaffen können.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Öztürk, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Mustafa **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen): Welche Bedeutung misst der Senat diesen drei Vereinen in dem Stadtteil auch im Zuge der Erweiterung der Überseestadt langfristig bei?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Wir messen allen Sportvereinen große Bedeutung zu. Sie sind wichtig für das kulturelle und sportliche Leben in Bremen. Natürlich ist es in dem Stadtteil - das wissen Sie auch - besonders wichtig, dass gut funktionierende Sportvereine gute Jugendarbeit machen, allerdings auch zusammenarbeiten.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Strohmann! - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Vielen Dank für die letzten Ausführungen, das sehe ich genauso, auch die Zusammenarbeit! Ich habe die Frage: Wissen Sie, wie groß der Verein ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Nein, das weiß ich nicht, es tut mir leid!

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Strohmann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Spielt die Größe eine Rolle, da Sie gerade sagten, dass Sie es nicht wissen, weil Sie auch das Thema Zusammenarbeit ansprachen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ich habe gehört, dass wir bei der Frage des Neubaus Kosten sparen könnten, wenn vielleicht eine engere Kooperation der drei dort vorhandenen Vereine bei der Nutzung der Umkleidekabinen möglich sein könnte. Wir werden jetzt mit dem Senator für Inneres und Sport darüber sprechen, wie man das befördern kann. Ich finde, wenn wir so viel Geld für einen Neubau in die Hand nehmen, dann muss da nicht jeder, ich sage einmal, seinen Schrebergarten pflegen. Das war jetzt bestimmt ein taktischer Fehler, aber ich meine, Sie verstehen mich schon!

Man muss jetzt dafür sorgen, dass die öffentlichen Mittel effizient eingesetzt werden. Dazu gehört auch, wenn wir Geld in die Hand nehmen, dass das, was dort geschaffen wird, möglichst viel genutzt wird und möglichst selten leer steht. Das gehört mit zur Sparsamkeit! Wir werden versuchen, darauf hinzuwirken.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt den Titel „**Streusalzeinsatz minimieren**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Saffe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Einsatz von Streusalz in Bremen auf Straßen, Fahrradwegen und Gehwegen geregelt?

Zweitens: Wie oft wurde das unsachgemäße Streuen von Streusalz durch Anlieger beziehungsweise Straßenreinigungsfirmen in Bremen seit Anfang des Jahres kontrolliert, beziehungsweise wie viele Ordnungswidrigkeiten wurden diesbezüglich ausgesprochen?

Drittens: Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um die Bevölkerung und besonders die Gehwegreinigungsfirmen auf das umweltschädliche und unsachgemäße Streuen von Streusalz auf Gehwegen hinzuweisen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Streusalz darf in Bremen nur auf den im Streukatalog aufgeführten Straßen und Autobahnen verwendet werden. Gemäß Bremischem Landesstraßengesetz dürfen Salze und salzhaltige Streumittel nur in geringen Mengen und nur bei Glatteis sowie zum Auftauen festgetretener Eis- und Schneerückstände verwendet werden. Bei Straßen, in denen Bäume stehen oder die auf anliegende begrünte oder baumbestandene Grundstücke entwässern, dürfen Salze oder salzhaltige Streumittel nicht verwendet werden. Eis- und Schneerückstände sind nach ihrem Tauen unverzüglich zu beseitigen.

Zu Frage 2: Gezielte Kontrollen werden durch das Stadtamt und die Polizei Bremen nicht durchgeführt. Gleichwohl überprüft die Polizei Bremen im Rahmen ihrer allgemeinen Streifentätigkeit auch Verstöße gegen die unsachgemäße Verwendung von Streusalz. Ordnungswidrigkeitenverfahren wurden seit Anfang des Jahres nicht eingeleitet. Kontrollen werden statistisch nicht erfasst.

Zu Frage 3: Vor Beginn der Wintersaison informieren das Stadtamt und gegebenenfalls ergänzend der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Öffentlichkeit durch die Medien über die bestehenden Pflichten im Rahmen des Winterdienstes. Ergänzende Informationen stehen auf der Homepage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Verfügung. Die Rechtsgrundlagen sind auch auf der entsprechenden Internetseite des Stadtamtes hinterlegt. Ergänzend informiert die Bremer Umweltberatung die Bevölkerung über relevante Umweltthemen, so auch Anfang Februar über Einsatz und Vermeidung von Streusalz.

Im Falle von Beschwerden über unzulässige Streusalzverwendung weist das Stadtamt das betroffene Gehwegreinigungsunternehmen auf die Unzulässigkeit des Einsatzes hin. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird ebenfalls informiert für den Fall, dass die Stadt Auftraggeber für den Winterdienst gewesen sein könnte. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gerade gesagt, gezielte Kontrollen fänden nicht statt. Bei uns gab es unzählige Beschwerden über unsachgemäßes Streuen gerade von Gehwegreinigungsfirmen. Welche Maßnahmen könnte man sich vorstellen, damit zukünftig gerade auch in diesem Bereich weniger gestreut wird? Könnte man sich mehr Kontrollen vorstellen? Sie hatten ja gerade gesagt, es würde nicht gezielt kontrolliert!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich sage es einmal so: Uns würde es helfen, wenn diese Beschwerden, die bei Ihnen in großer Zahl eingehen, an uns weitergeleitet würden, weil wir diesen Dingen dann gezielt nachgehen könnten. Soweit bei uns Beschwerden eingehen, gehen wir dem nach und sprechen eben auch die Unternehmen darauf an. Ich räume aber ein, dass man gerade in diesem Winter den Eindruck haben konnte, dass man mit dem gut gefüllten Salzlager nach den Kälteperioden der letzten Winter großzügig umgegangen ist. Das hat auch mir nicht gefallen, weil wir alle wissen, wie schädlich das Streusalz für die Pflanzen und Bäume ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gerade darauf hingewiesen, wie schädlich das Streusalz für Pflanzen und Bäume ist. Gibt es Erkenntnisse über mögliche Schäden durch Streusalzeinsatz in den letzten Jahren, natürlich nicht durch den Einsatz der letzten zwei Wochen, aber durch unsachgemäßes Streuen in den letzten Jahren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Solche Schäden sind mir hier nicht bekannt. Ich weiß aus anderen Städten, wo ich früher tätig war, dass man das sehr wohl sehen konnte, aber ich habe jetzt hier nichts Vergleichbares gesehen. Wenn es so etwas gibt,

würde ich auch da um Hinweise bitten, damit wir auch dem nachgehen können und möglicherweise zurückverfolgen können, wer dort Salz gestreut hat.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, es gibt ja diese intelligenten Streufahrzeuge, die mittlerweile auch in Hamburg eingesetzt werden, sie schauen vorher nach, ob es überhaupt glatt ist und es schon friert. Ist geplant, so etwas vielleicht auch in Bremen anzuschaffen?

(Abg. Pohlmann [SPD]: Wir haben intelligente Mitarbeiter!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Die Frage nehme ich mit, ich müsste dem nachgehen. Es ist ja so, dass die Zuständigkeiten hier in Bremen auf verschiedene Träger verteilt sind. Vielleicht nur noch einmal zur Information: Auf den öffentlichen Flächen ist es die Entsorgung Nord, die ENO arbeitet im Auftrag der Stadtgemeinde, das Amt für Straßen und Verkehr streut teilweise, der Umweltbetrieb Bremen, die BSAG, bremenports und die Überseestadt GmbH, das heißt, es ist eine Reihe von verschiedenen Akteuren tätig. Wir können die Anregung aber gern aufnehmen und dem nachgehen, einmal schauen, wie sie technisch ausgestattet sind und ob solche Anregungen umgesetzt werden können.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Sie haben ja einige Ämter und Institutionen aufgezählt, für die Sie selbst zuständig sind, und da ist ja die Frage, ob Sie sich so etwas vorstellen können, ob man so etwas in Bremen machen könnte oder nicht. Fangen wir erst einmal so an!

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich weiß im Moment gar nicht, wie sie technisch ausgestattet sind. Ich müsste dem nachgehen und könnte Ihnen dann anschließend eine Antwort geben.

Präsident Weber: Herr Senator, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Stand der Angebote zur kulturellen Bildung und Teilhabe in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen
Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 23. November 2011
(Drucksache 18/57 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2012 (Drucksache 18/89 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister Böhrnsen, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Debatte eintreten können.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Kappert-Gonther.

Abg. Frau **Dr. Kappert-Gonther** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass es sich bei der Beschäftigung mit kulturellen Inhalten, mit Kunst im Allgemeinen, mit bildender Kunst, mit Literatur und Musik nicht um freundlichen Schnickschnack handelt, mit dem man sich einmal befassen kann, wenn das echte, schwierige Lernen geschafft ist, ist schon lange bekannt. Die Auseinandersetzung mit Kunst ist Bildung, fördert das Sich-Bilden der Persönlichkeit, die Fantasie durch Eröffnung neuer innerer Welten, sie ermöglicht Menschen, ihr Deutungs- und Urteilsvermögen auszubilden, und nicht zuletzt fördert sie die Fähigkeit zu Toleranz.

Die moderne Hirnforschung belegt inzwischen, dass die Beschäftigung mit Kunst, ob theoretisch

oder praktisch, eine messbare positive Wirkung auf unser seelisches Wohlbefinden hat und Vorgänge im menschlichen Gehirn so günstig beeinflusst, dass Menschen mit den Anforderungen ihrer Lebenssituation besser umgehen können und die seelische Widerstandsfähigkeit wächst. In Zeiten, wo etwa 30 Prozent der Deutschen mindestens einmal in ihrem Leben eine behandlungsbedürftige seelische Krise erleben, eine bemerkenswerte Möglichkeit!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das können wir ja auf Krankenschein machen!)

Das können wir einmal mit den Krankenkassen diskutieren, Herr Kollege Dr. Kuhn!

Gerade in der vergangenen Woche haben Forscher der Universität Erlangen erste Ergebnisse einer breit angelegten Studie zu den Wirkungen der Kunst auf unser Gehirn und unsere Seele vorgelegt. Sie sehen ihre Hypothese bestätigt, dass die Beschäftigung mit Kunst eine Ressource für das Meistern von Übergangssituationen darstellt, das heißt, Jugendliche, die sich in der Schule mit Kunst beschäftigt haben, kommen später besser mit ihrer Ausbildung und mit ihrem Studium zurecht. Studierende und Auszubildende, die sich während dieser Zeit mit Kunst befasst haben, kommen besser mit dem Übergang in das Erwerbsleben zurecht. Was ich besonders spannend finde: Auch ältere Menschen, die Kunstkurse besucht haben, kommen besser zurecht, wenn sie das Erwerbsleben verlassen und in Rente gehen. Selbst in der Altersgruppe um die 70 kann sich das Gehirn noch neu verdrahten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine gute Nachricht!)

Gute Nachrichten vom Podium!

Der Hirnforscher und Psychiater Professor Dr. Spitzer betont schon länger - jetzt kommen wir wieder zu den Jugendlichen! - die positiven Wirkungen von Musik auf das kindliche und jugendliche Gehirn, die Seele und die Lernfähigkeit. Dass es also sinnvoll und notwendig ist, kulturelle Erziehung zu fördern, kulturelle Bildung zum integralen Bestandteil der Schulausbildung zu machen und ganz im Sinne eines lebenslangen Lernens die Beschäftigung mit Kunst und Kultur zu fördern, ist völlig klar.

Umso erfreulicher ist die Vielzahl der kulturellen Bildungsinitiativen, die wir in Bremen haben. Die Antwort auf die Große Anfrage belegt eindrucksvoll, wie bunt diese Angebote sind, wie vielfältig auch deren Vernetzung. Einige kulturelle Initiati-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

onen arbeiten verbindlich mit Bremer Schulen zusammen, einer der Leuchttürme ist da sicher die Kammerphilharmonie in ihrer Zusammenarbeit mit der Gesamtschule Ost. Überrascht und erfreut waren wir wohl alle über die Vielzahl von Verbindungen zwischen Kulturanbietern und Schulen, aber eben auch außerhalb der Schulen, die nicht institutionalisiert sind. Das ist, so meine ich, etwas ganz bemerkenswert Tolles, was wir da in Bremen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Bei allem freudigen Erstaunen bleibt die Frage, wie wir es politisch fördern können, unseren Kindern diesen wichtigen Aspekt menschlichen Lernens zuverlässig und verbindlich zur Verfügung zu stellen. Gerade der Umbau unserer Schulen zu Ganztagschulen macht es notwendig, aber eben auch möglich, Schülerinnen und Schülern eine neue, moderne Art des Lernens anzubieten. Wir wollen ja nicht das, was es bisher vormittags gab, einfach auf den ganzen Tag ausdehnen, nein, wir wollen Kinder und Jugendliche, die Mathematik lernen und besser lernen, weil sie vorher noch geklettert sind und getobt und sich mit Musik beschäftigt haben, die einen Rhythmus von abwechselnden Bildungsinhalten zwischen Kunst und englischer Grammatik verinnerlichen und die sich zu selbstbewussten, seelisch und geistig fähigen Menschen entwickeln dürfen.

Da werden unsere Schulen, die Schulcurricula und auch die kulturellen Einrichtungen gefragt sein. Es wird zukünftig nicht mehr so sein sollen, dass morgens Physik und Deutsch gelernt wird und nachmittags Basketball oder Tuba. Die Vielfalt des Sich-Bildens und des Ausbildens einer Persönlichkeit wird sich verzahnen müssen. Die Schulen und die kulturellen Einrichtungen, die Musikschulen, Museen, Theater, die ganze Vielfalt der kulturellen Initiativen in Bremen, werden zusammen arbeiten müssen, und das ist gut so.

Kulturelle Bildung ist eben nicht die Himbeertorte, die es einmal geben kann, wenn das Schwarzbrot mit Käse gegessen ist. Die Beschäftigung mit Kunst ist eine entscheidende Grundlage für gutes Lernen, für seelische Gesundheit und für die Entwicklung fähiger Persönlichkeiten. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gürlevik.

Abg. **Gürlevik (SPD)*:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Schöne ist, dass man hier nichts falsch machen kann, sagte ein Schüler in der Kunsthalle Gröpelingen. Ich finde, das ist eine richtige Erkenntnis, denn es geht bei der kulturellen Bildung nicht darum, etwas richtig oder falsch zu machen oder etwas fertig zu machen, und dann steht es im Schaufenster und die Leute kommen vorbei, kommen herein und kaufen es. Es geht darum mitzumachen, dabei zu sein und teilzuhaben.

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Was muss man dafür können? Nichts muss man dafür können, aber kulturelle Bildung kann viel. Mein Musiklehrer sagte immer, du musst nicht nur Musik hören, du musst auch Musik verstehen können! Ich fragte mich immer: Warum? Er sagte nur, damit du teilhaben kannst. Letztendlich hatte er recht. Wenn man keinen Zugang zur Musik hat, kann man sich dann musikalisch interkulturell verbinden? Nein, kann man nicht! Wenn man keinen Zugang zur Musik hat, kann man sich dann für ein Musikinstrument entscheiden? Nein, kann man nicht! Wenn man keinen Zugang zu Musik hat, kann man dann sein musikalisches Können entfalten? Nein, kann man nicht!

Allein an der Musik als einem Beispiel für kulturelle Bildung wird schon deutlich, was kulturelle Bildung leisten kann. Allein die Musik bringt Menschen zusammen, fördert die Persönlichkeitsentwicklung und die Kommunikationsfähigkeit, entwickelt Kreativität, prägt soziale Kompetenzen aus und ermöglicht es, sich mit sich selbst, mit anderen und der Geschichte auseinanderzusetzen. Dafür muss man aber zuallererst auch daran teilhaben können.

(Beifall bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht jeder in unserem Land hat einen Zugang zu kultureller Bildung, nicht jeder kann sich kulturelle Angebote leisten, und nicht jeder hat die Zeit - zum Beispiel wegen Arbeit, Familie oder Studium -, an kulturellen Angeboten in der Woche teilzunehmen. Schon der französische Soziologe Pierre Bourdieu sagte einmal: Wer nicht die Möglichkeit hat, auf allen Gebieten der kulturellen Bildung teilzuhaben, hat erheblich geringere Chancen auf Schul- und Lebenserfolg. Das wollen wir ändern, meine Damen und Herren!

* Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kultur ist ein wertvolles Rückgrat für unsere Gesellschaft, denn Kultur ist mehr als nur Kunst, Musik und Theater. Kultur ist auch Freiheit, Demokratie und Entwicklung, Bildung, Wissenschaft und Forschung. Alltag ist Kultur, jeder trifft ständig Entscheidungen, die letztendlich auch Kultur sind, welche Kleidung oder welchen Essen ich kaufe, ob ich Werder- oder Bayern-Fan bin.

Jeder muss sagen können, das gefällt mir oder das gefällt mir nicht, wie bei Facebook. Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Inklusion sind Kultur. Nahezu jeder Meter in unserem Land ist Kultur, und sogar die Form der Kaffeetasse in der Bremischen Bürgerschaft ist letztendlich Kultur.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

An dieser Stelle möchte ich besonders betonen, dass Kultur auch eine wichtige wirtschaftliche Bedeutung hat. Allein in Bremen beschäftigt Kultur 2 400 Menschen, und es gibt 25 000 weitere damit zusammenhängende Arbeitsplätze, die nicht direkt im Kulturbereich liegen, wie Einzelhandel, Gastronomie, Hotel oder das Taxigewerbe. Sie alle sind auf Kulturarbeit in Bremen angewiesen, und auch deshalb sind kleine wie große Förderungen von Kulturangeboten so wichtig für unsere Stadt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen und Bremer Kultureinrichtungen bieten bereits vielfältige Kulturangebote an, wie zum Beispiel das Kulturticket, die geplante Sonntagsöffnung der Stadtbibliotheken und auch Angebote des Gehard-Marcks-Hauses, des Theaters Bremen, der Volkshochschule, der Bremer Philharmoniker, Kultur vor Ort und viele andere mehr, teilweise auch kostenlos. Sie alle machen mit, den Zugang zur kulturellen Bildung für alle zu öffnen, und dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das größte Potenzial für kulturelle Bildung besteht in der Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken, Bürgerhäusern, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen und Künstlerinnen und Künstlern. Hier sind wir, wie wir der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen können, auf einem guten Weg. Ich werde dazu mit einer vierten Klasse zur Gröpelin-

ger Buchwerkstatt gehen. Kennen Sie solche Werkstätten?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Gut! Bringen auch Sie Menschen in die Kulturwerkstätten und erzählen Sie es weiter, denn solche Projekte schaffen Kooperationen und Netzwerke und damit neue Zugänge zur kulturellen Bildung für alle. Wir brauchen also einen breiten Kooperationsauftrag mit allen Einrichtungen und am besten noch mit verbindlichen Zielvereinbarungen. Das ist der richtige Weg für mehr kulturelle Teilhabe und gegen Armut und Ausgrenzung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diesen Weg werden wir weitergehen, und dabei, meine Damen und Herren, machen wir nichts falsch. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Häslер.

Abg. Frau **Häslер** (CDU)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Jeder Mensch, dem bereits in seiner Kindheit und Jugend kein Zugang zur Kultur ermöglicht worden ist, wird voraussichtlich auch in seinem Erwachsenenleben keinen Zugang zur Kultur suchen oder finden. Deswegen ist es auch Aufgabe des Staates, kulturelle Teilhabe und Bildung von Anfang an zu fördern und sich mit entsprechenden Mitteln dafür einzusetzen, allen Kindern und Jugendlichen in Bremen einen Zugang zum kulturellen Leben zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Ich selbst finde es mittlerweile sehr schade, dass ich nie die Möglichkeit oder das Interesse daran hatte, ein Musikinstrument zu lernen. Bereits im Kindergarten und in der Grundschule habe ich zwar Museen besucht, Theateraufführungen, alles das, was dazugehört, habe dadurch meine Leidenschaft für das Theaterspielen entwickelt, aber gerade deswegen hatte ich dann zu Beginn der Orientierungsstufe nicht mehr wirklich Interesse daran, ein Musikinstrument zu lernen.

Sowohl die umfassende Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Regierungskoalition zur kulturellen Bildung als auch meine eigenen Erfah-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

rungen zeigen auf der einen Seite, dass wir uns auf einem durchaus guten Weg befinden - vor allem in den Schulen, aber auch in den Kindergärten und Kultureinrichtungen an sich -, junge Menschen für Kultur zu begeistern und ihnen diese zu vermitteln.

Auf der anderen Seite zeigen meine Erfahrungen und die umfassende Antwort des Senats aber auch auf, dass in den meisten Kooperationen und Kooperationsprojekten zwischen den Bildungs- und Kulturinstitutionen oftmals Schwerpunkte auf einzelne kulturelle Teilbereiche gelegt werden. Ein wohlbekanntes Beispiel - das wurde auch schon genannt - ist die Zusammenarbeit der GSO mit der Kammerphilharmonie Bremen. Natürlich gibt es viele weitere beispielhafte Kooperationen, die der Kollege Gürlevik schon benannt hat, und Projekte zwischen Schulen und Kultureinrichtungen oder Projekte von Kultureinrichtungen für junge Menschen im Allgemeinen, die äußerst wertvoll für unsere Stadt sind. Sie alle unterstreichen, dass kulturelle Bildung in einer Großstadt wie Bremen nicht wegzudenken ist und in unserem Land von allen betroffenen Akteuren gewollt wird.

Dennoch bleibt weiterhin die Herausforderung in unserer Stadt bestehen, über den schulinternen Unterricht hinaus eine umfassende kulturelle Bildung in allen wichtigen Teilbereichen der Kultur zu gewährleisten. Neben der tollen Arbeit selbst kleinster Kultureinrichtungen und der positiven Grundhaltung innerhalb der kulturellen Szene, aber auch innerhalb der Schulen als maßgeblichem Ort der kulturellen Sozialisation zur kulturellen Bildung bleibt es für eine gelungene kulturelle Teilhabe unabdingbar, mit geeigneten Mitteln jungen Menschen jeder Herkunft - das betone ich hier sehr - Kultur in ihrer Gesamtheit näherzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Folgende drei Mittel sieht die CDU-Fraktion zur Erreichung dieses Ziels als besonders maßgeblich an: erstens, weiterhin die Schaffung von Kontrakten mit möglichst vielen Kulturinstitutionen, um ihnen Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu geben, woraus sie noch mehr befähigt werden, kulturelle Bildung sicherzustellen und diese aus eigener Kraft zu fördern und zu finanzieren, zweitens, das Wochenende und vor allem den Sonntag als die von den Familien am meisten genutzte Zeit für kulturelle Teilhabe anzuerkennen und diese Anerkennung auch praktisch umzusetzen, indem beispielsweise, das wurde auch schon genannt, endlich die Sonntagsöffnung der Stadtbibliotheken umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Drittens muss gewährleistet werden, dass Kinder und Jugendliche zumindest mit den drei großen kulturellen Bereichen Musik, Kunst und Theater in ihrer Schullaufbahn über den Schulunterricht hinaus konfrontiert werden. Hierbei stehen wir als CDU-Fraktion für einen Tag der Kultur an Schulen ein, den die Regierungskoalition in der letzten Legislaturperiode schon abgelehnt hat, oder aber für die Einführung einer mehrtägigen Kulturwoche - auch das ist vorstellbar -, eine Projektwoche, gerade mit der Ausweitung der Ganztagschulen, sodass zum Beispiel diese Projektwoche jedes Jahr unter einen anderen kulturellen Schwerpunkt gestellt werden könnte.

Zum Schluss also mein Appell an Sie und der Appell der CDU-Fraktion an den Senat: Setzen Sie sich mit geeigneten Mitteln für kulturelle Bildung von Anfang an ein! Stellen Sie sicher, dass besonders dort kulturelle Teilhabe und Bildung gefördert werden, wo es Kinder und Jugendliche besonders schwer haben, einen Zugang zu Kultur erfahren zu dürfen! Sorgen Sie letztendlich mit geeigneten Mitteln dafür, dass kulturelle Teilhabe nicht nur bedeutet, dass man einmal ein Museum oder ein Theater von innen gesehen hat, sondern dass unsere Kinder und Jugendlichen einen umfassenden Zugang zu Kultur mit allen ihren vielseitigen Bereichen, von der darstellenden oder bildenden Kunst bis hin zu musikalischen Bereichen, erfahren. Erst dann kann man und können wir als CDU-Fraktion davon sprechen, dass kulturelle Bildung und Teilhabe in unserer Stadt und in unserem Land ihre vollständige und somit angemessene Verwirklichung gefunden haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Senat hat in seiner Antwort von der Möglichkeit geschrieben, die Kultureinrichtungen per Zielvereinbarungen zu Angeboten zu verpflichten, die die kulturelle Bildung fördern. Das finde ich gut. Mein Eindruck dank der eindrucksvollen Projektliste im Anhang ist allerdings, dass es nur noch ganz wenige Kultureinrichtungen gibt, die diesen Nachdruck noch brauchen. Es scheinen ja schon fast alle den Sinn und die Freude an diesen Maßnahmen entdeckt zu haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch ich freue mich über die ausführliche und breit angelegte Antwort des Senats und möchte

mich deshalb hier gern auf drei Punkte konzentrieren, die die Bildungseinrichtungen betreffen.

Ich würde mich freuen, weil der Senat ja - wie wir auch -, die kulturelle Bildung ressortübergreifend als Gesamtaufgabe ansieht, wenn auch das Bildungsressort verbindliche Standards entwickeln könnte, wie die kulturelle Bildungsarbeit in den Schulen, im Unterricht und vor allem auch in der Ganztagsbetreuung regelmäßig integriert werden kann. Da verschiebt sich auch für die Nutzer und für die Anbieter von privaten nachmittäglichen Kunst- und Musikkursen im Moment einiges, nicht nur für die städtischen Anbieter und die Musikschule, sondern auch für viele Künstler und für Kreative, die davon leben. Die Kinder kommen nicht mehr zum Kinderchor, wenn sie bis abends in der Schule sind. Das, finde ich, ist als Aufgabe und Herausforderung für die Ganztagsbetreuung unbedingt anzuerkennen und zu bearbeiten.

Ein zweiter Aspekt ist mir wichtig zu erwähnen, das ist die Medienbildung. Da gibt es unglaublich viele und, wie ich finde, auch überzeugende Projektangebote in der Auflistung, aber auch da vermissemich eine gewisse Struktur. Ich glaube, wir müssen uns verstärkt Gedanken darüber machen, wie wir Medienkompetenz an alle Kinder, Schüler und Studenten vermitteln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Medienkompetenz fängt beim Schreiben, beim Lesen und Interpretieren an, das lehren die Schulen, das darf man auch in der Debatte nicht vergessen und unterschätzen. Ich denke aber, dass wir vor gewaltigen Herausforderungen stehen, auch bei den digitalen Lehrmitteln. Immer öfter wird ein schnelles und informatives Reagieren auf technologische Entwicklungen wichtig sein, das auch bei den Kindern und Schülern direkt und schnell ankommen muss. Ganz aktuell gibt es zwei Beispiele: Die Proteste, vor allem von Jugendlichen, gegen das ACTA-Abkommen - mit übrigens, wie ich finde, ganz absurden und unangemessenen Jugendbeschimpfungen ausgerechnet durch ARD und ZDF - in Deutschland und die Einführung der Timeline bei Facebook müssen in den Schulen und im Unterricht einen Platz haben, und dafür muss es jeweils ganz aktuell und schnell Vermittlungsansätze geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dritter und letzter Punkt: Ich würde zu einem anderen Zeitpunkt gern noch einmal über die vor einigen Monaten in der Stadt, an den Universitäten und in den Schulen diskutierten Studenten- und

Schülerflattrates, so haben sie das genannt, für Kulturveranstaltungen sprechen, ob der Senat, die Kultureinrichtungen und die Fraktionen das als einen praktikablen Weg sehen, die Teilhabe am kulturellen Geschehen zu steigern und damit insgesamt das Interesse an Kunst und Kultur in Bremen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson (DIE LINKE)*:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir von der LINKEN sind für Kultur.

(Beifall bei der SPD - Abg. Dr. Schlenker [Bündnis 90/Die Grünen]: Oha!)

Wir haben jetzt sehr viele schöne Worte gehört, und mir viel da sofort der schöne Spruch an der Frankfurter Oper ein. Dort steht so schön: „Dem Wahren und Schönen“. Ja, das ist Kultur, das ist auch gut! Ich bin sehr dankbar für den Bericht, der jetzt hier vorgelegt worden ist. Ich möchte mich dafür auch in der Tat bedanken, weil er sehr ausführlich ist und weil er wieder ein bisschen von der sehr hohen Ebene der Kultur und der kulturellen Teilhabe, was das alles bewirkt und wofür das alles gut ist auf den Boden der Tatsachen herunterkommt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das sind die Tatsachen!)

Ja, sie stehen ja in der Antwort des Senats, und deshalb habe ich auch gesagt, bin ich erst einmal damit sehr zufrieden!

Lassen Sie mich drei Punkte herausgreifen, die mir dabei wichtig sind! Ich denke - ein Punkt ist auch schon angesprochen worden -, mit dem Zug zu immer mehr Ganztagschulen muss sich in der Tat bei kultureller Teilhabe und dem kulturellen Angebot irgendetwas ändern, denn, das war ja die letzte Bemerkung meines Vorredners, wenn die Kinder den ganzen Tag in der Schule sind, sind sie am Abend möglicherweise müde und gehen nicht mehr in kulturelle Einrichtungen. Man muss also versuchen, dass davon in der Schule etwas ankommt. Das wird, glaube ich, bestimmt eine Aufgabe für die Zukunft sein. Der Bericht gibt einige gute Anregungen, aber ich denke, das reicht sicherlich noch nicht. Das ist der eine Punkt.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Der zweite Punkt: Ich finde es auch eine gute Sache, dass man versucht, bei der Vergabe von Leistungen an Träger so etwas wie Zielvereinbarungen festzulegen, damit sie sich an solchen Angeboten für kulturelle Bildung und Teilhabe beteiligen. Dass das sicherlich ein gutes Instrument ist, das vom Ressort vorgeschlagen und auch schon umgesetzt wird, zeigt ja der Bericht. Ich sage, im Nachhinein, wenn man sich den ganzen Bericht zu Gemüte führt, kann man schon feststellen, Not macht durchaus erfinderisch, wenn nicht mehr genügend Geld da ist. Hier ist einiges beschrieben, da hat man versucht, auch ohne große Geldmittel etwas auf die Beine zu stellen. Das ist eine gute Sache, die auch wir als LINKE unterstützen.

Was wir natürlich auch immer wieder ansprechen werden, ist sicher das Problem - auch bei Kultur ist es eben einfach so -, dass es auch Geld kostet. Ich will nur das eine Beispiel einer der vorhandenen kulturellen Institutionen anführen: Ich selbst wohne in der Neustadt, und in der Nähe ist das Schnürschuh-Theater. Wenn man sich dessen Finanzierung anschaut, dann muss es sie zu einem Drittel im Grunde genommen selbst erwirtschaften, ein Drittel stammt von Sponsoren, und ein Drittel sind Zuschüsse vom Ressort.

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Welcher Teil ist schlecht? - Abg. Tschöpe [SPD]: Da fehlt noch ein Teil!)

Keiner ist schlecht! Ich habe nur gesagt, dass dies der momentane Finanzierungsstand ist. Das eine Drittel von den Sponsoren ist jetzt leider weggebrochen, weil es von der Beluga kam, das gibt es jetzt nicht mehr.

Ich will an dem Beispiel deutlich machen, es ist sehr schön, wenn wir versuchen, unsere kulturellen Institutionen in der Stadt in diese kulturelle Bildung und Teilhabe einzubinden, gerade auch für Kinder und Jugendliche, aber dann muss man auch nachhaltig dafür sorgen, dass die Kultureinrichtungen überhaupt auch weiter bestehen können. Das ist in Bremen leider immer noch ein Problem, und es wird auch länger ein Problem sein, und da - ich glaube, es ist auch eine Aufgabe des Parlaments - müssen wir auch in Zukunft nachschauen, dass es so etwas einfach gibt. Sonst werden die guten Ideen, die in diesem Bericht stehen, einfach verpuffen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in dieser Debatte eindrucksvolle, wunderbare Plädoyers für den Wert und die Bedeutung von Kunst und Kultur und der kulturellen Bildung gehört, die ich gar nicht überbieten kann. Dafür danke ich und unterstreiche es drei Mal! Wichtig ist aber, dass diese Werte und diese Bedeutung alle erreichen, ob Jung, ob Alt, in welchem Stadtteil in Bremen auch immer lebend, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Das ist die eigentliche integrale Bedeutung von Kunst und Kultur in der Gesellschaft, dass sie alle erreicht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich nehme das auf, was Sie in Ihren Plädoyers hier gesagt haben, und ich unterstreiche es: Wenn Kunst und Kultur für das jeweils eigene Leben in der Gesundheit, in der Entwicklung, der Kreativität, der beruflichen Orientierung und in der schulischen Bildung ein wichtiger, bereichernder und häufig auch konstitutiver Beitrag sind und wenn Kultur ein wichtiger integraler Bestandteil für eine Gesellschaft ist, zumal für eine Stadtgesellschaft, und nicht irgendein Sahnehäubchen in Zeiten, in denen es uns gut geht, sondern immer ein integraler Bestandteil, dann können Kunst und Kultur in diesem Sinne nur wirken, wenn wirklich alle Menschen erreicht werden und alle Zugang haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Zugang muss natürlich bei Kindern und Jugendlichen in besonderer Weise beginnen. Wir dürfen uns nicht damit zufriedengeben, dass Kunst und Kultur nur dann die Türen geöffnet haben, wenn im Elternhaus schon der Flügel oder das Klavier steht oder Ballettunterricht und Ähnliches angeboten werden. Ich bin übrigens dankbar, dass ich von der CDU gehört habe, dass dies auch eine staatliche Aufgabe ist. Ja, es ist eine staatliche Aufgabe, Kunst- und Kulturzugang zu organisieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

So gern man sich auf Elternhäuser verlassen möchte, darf man es in diesem Fall aber nicht ausschließlich tun. Eine Politik für kulturelle Bildung bewährt sich dann daran, dass wir gerade auch Menschen in den Stadtteilen und Gesellschaftsschichten erreichen, in denen dieser Zugang über die Familie nicht vorhanden ist, wo der Flügel oder das Klavier nicht zu Hause steht. Das ist für mich die Größe in Bezug auf die Orientie-

rung von Politik, an der ich mich dann auch gern messen lassen möchte.

Sie haben hier alle zu Recht gesagt - und auch das will ich unterstreichen -, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Antwort auf die Große Anfrage unterstreicht dies mit einer umfangreichen Darstellung, und da darf ich auch einmal mit Blick auf das Kulturressort und auf die Staatsrätin sagen, das war eine richtige Fleißaufgabe, die dort erfüllt worden ist. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Es besteht aber ja nicht nur aus dem Zusammenstellen, sondern es ist der Blick auf die bremische kulturelle Szene. Da gilt es auch, sehr vielen Dank zu sagen, die sich in unseren Institutionen, in unseren kulturellen Einrichtungen schon vor längerer Zeit auf einen Weg gemacht haben, übrigens auch aus Sicht der Kultur diese gesellschaftliche Verantwortlichkeit, die auch Künstler spüren, diese Verantwortlichkeit auch annehmend, aufnehmend, indem sie den Kontakt gesucht haben.

Ich bin jetzt in der großen Gefahr, wenn ich einige Beispiele nenne, dass man andere dabei vergisst. Deswegen bin ich sehr vorsichtig und sage nur, ich schaue auf unsere großen Orchester, auf Stadtteilinitiativen, die ganz aktiv sind, ich schaue auf unsere Museen, unser Theater und auch viele kleine Projekte. Wenn Sie dort sehen, wie sie alle die Verbindungen und die Fäden in die Schulen, Kindertagesstätten und Stadtteile geknüpft haben, dann ist das wirklich aller Ehren wert und zeigt diese Verantwortung. Deswegen großen Dank für das, was wir dort sehen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen das über den Appell hinaus - und deswegen ist das Wort Zielvereinbarung gewählt - natürlich auch weiter unterstützen und fördern. Ich sage einmal ganz ausdrücklich und auch ganz deutlich: Wir geben Steuergeld zur Förderung von Kunst und Kultur aus, und ich finde, dass die Gesellschaft deswegen auch eine Erwartung damit verbinden darf. Diese Erwartung lautet - sie wird schon vielfach und zum Teil eindrucksvoll erfüllt -, dass wir mit dieser finanziellen Förderung auch verbinden, dass man sich aufmacht, nicht nur einen Teil, sondern alle Teile der Gesellschaft zu erreichen. Dieses Selbstverständnis sollte für alle gelten. Es wird nicht immer gelingen, alle zu erreichen, aber jedenfalls die Türen aufzumachen und zu versuchen, die Menschen hineinzuholen, ob Jung oder Alt und woher auch immer stammend,

das geschieht in Bremen, und das wird auch weiterhin das Ziel sein.

Seien Sie davon überzeugt, dass diese Koalition, dieser Senat und auch ich ganz persönlich es zu einem Schwerpunkt auch für diese Legislaturperiode ausgemacht haben, möglichst allen Kindern und Jugendlichen und vielen darüber hinaus den Zugang zu ermöglichen. - Ich danke Ihnen für die Debatte und für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 18/89 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD Kenntnis.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Ihnen mitteilen, dass interfraktionell zwischenzeitlich vereinbart worden ist, den Tagesordnungspunkt 11, Konzept zur Kindertagesbetreuung endlich vorlegen, für heute auszusetzen.

**Flächennutzungsplan Bremen
in der Fassung der Bekanntmachung
vom 31. Mai 2001
111. Änderung
- Neustadt (Hanna-Kunath-Straße)**

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2012
(Drucksache 18/85 S)

Wir verbinden hiermit:

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan 79
(Vorhaben- und Erschließungsplan)
für die Erweiterung des Betriebsgeländes der
Firma AES System GmbH
an der Hanna-Kunath-Straße in Bremen-
Neustadt**

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2012
(Drucksache 18/86 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Flächennutzungsplan Bremen abstimmen.

Wer dem Plan zur 111. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Nun lasse ich über den Bebauungsplan abstimmen.

Wer den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 79 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Stadt am Fluss land- und wasserseitig weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Januar 2012 (Drucksache 18/88 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in Bremen das große Glück, einen sehr schönen Fluss zu haben, der vom Weserstadion aus bis in die Überseestadt durch das gesamte innerstädtische Gebiet fließt. Wasser ist für Menschen ein großer Anziehungspunkt, um dort durch die verschiedenen Möglichkeiten, die sich am Wasser anbieten, ihre Freizeit zu verbringen.

Wir haben an der Weser schon jetzt viele attraktive Angebote zum Entspannen am Deich, zum Radfahren und zur Nutzung kultureller oder gastronomischer Angebote. Diese Angebote werden insbesondere im Sommer sehr gut angenommen. Wer zum Beispiel im letzten Jahr die Breminale besucht hat, hat sicherlich bemerkt, dass die Veranstaltung so gut besucht wurde, dass sie förmlich aus allen Nähten platzte, und das umsonst und draußen. Die Umgestaltung der Schlachte hat in den letzten 20 Jahren dazu geführt, dass Bremen noch mehr mit dem Fluss in der Stadt lebt. Die Bremerinnen und Bremer lieben diese Meile, und für Touristinnen und Touristen ist sie nicht nur im Sommer ein Besuchermagnet.

Das, meine Damen und Herren, kann aber kein Grund sein, sich zurückzulehnen, sondern wir müssen stetig daran arbeiten, die Möglichkeiten der Nutzung unserer Stadt am Fluss zu optimieren. Dazu gehört es, die Bedingungen für die vorhandenen touristischen und kulturellen Angebote zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern und auch die neuen Potenziale bis in die Überseestadt weiterzuentwickeln.

Besonders bezogen auf die neuen Gebiete entlang der Weser bis in die Überseestadt müssen wir uns überlegen, wie wir die Attraktivität für Bremerinnen und Bremer und Touristinnen und Touristen steigern können. Dafür benötigt man ein zwischen dem Wirtschafts-, dem Bau- und dem Kulturreisort gut abgestimmtes Konzept.

Im Kern geht es um gute Wegeverbindungen, sowohl land- als auch wasserseitig. Damit sind die weitestgehende Nutzung der Uferbereiche durch Spaziergänger und Radfahrer gemeint sowie gegebenenfalls zusätzliche Fährverbindungen, zum Beispiel zwischen der Innenstadt, der Waterfront, Woltmershausen und Rablinghausen.

Es geht auch darum, die Liegeplätze für die unterschiedlichen Nutzer zu verbessern und neue zu schaffen. Besonders im Bereich zwischen Osterdeich und verlängerter Schlachte sind wir der Auffassung, dass die Bedingungen für die Betreiber der Schiffe mit kulturellen und gastronomischen Angeboten deutlich optimiert werden sollten. Das betrifft Sicherheitsaspekte, Liegegebühren und eine bessere Vermarktungsmöglichkeit. Ich kann zum Beispiel überhaupt nicht verstehen, warum attraktive Lagen mit den besten Anlegestellen, wie zum Beispiel unterhalb der Tiefer, den Binnenschiffen vorbehalten werden. Die Besucher erwarten dort eher attraktive, erlebbare Schiffe.

Es geht auch um Kunst und Kultur im öffentlichen Raum. Damit sind weitere kulturelle Angebote an und auf der Weser von der verlängerten Schlach-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

te bis zum Wendebecken an der Hafenkante gemeint. Hier ist vieles vorstellbar, über Kulturfestivals, Kunst im öffentlichen Raum und weitere kreative Ideen. Schließlich sind in der Überseestadt auch die Hochschule für Künste sowie viele andere junge Kreativunternehmen angesiedelt, die sich dort sehr wohlfühlen. Bremen ist insgesamt eine sehr junge und lebendige Stadt, in der wir gut daran tun, diese Potenziale in die Entwicklung mit einzubeziehen.

Es ist dabei immer sehr interessant zu schauen, was andere europäische Städte tun und für sich entwickelt haben. Es sollten auch neue Anlegemöglichkeiten für Sportboote und auch für Kreuzfahrtschiffe geprüft werden. Weserstrände könnten sich einfügen in ein Konzept, in dem Bewohner der Stadt Orte zum Verweilen mit einer Bademöglichkeit finden.

Wir würden es ebenfalls sehr begrüßen, wenn die Idee vom Wohnen auf der Weser realisiert würde. Darüber wurde schon sehr lange nachgedacht, und wir sind überzeugt davon, dass sich einige Bereiche geradezu anbieten, dies umzusetzen.

Durch die rasante Entwicklung der Überseestadt haben sich ganz neue Potenziale ergeben, die wir gemeinsam nutzen sollten, unsere Weser land- und wasserseitig für die Menschen in der Stadt attraktiv weiterzuentwickeln. Natürlich müssen wir uns auch daran orientieren, was schon entwickelt ist, wie zum Beispiel im Europahafen, der schon sehr gut von den Besucherinnen und Besuchern, Bremerinnen und Bremern angenommen worden ist. Die weiteren Ergänzungen müssen sich natürlich an das Vorhandene sinnvoll anpassen und mit ihm ergänzen. Unsere Erwartung an den Senat ist, über den Tellerrand zu schauen, um zu sehen, welche Vorbilder es schon in anderen Städten in Deutschland und in Europa gibt.

Viele zusätzliche Angebote drängen sich durch die Nähe zum Wasser und den maritimen Charakter am Hafen geradezu auf. Wir hoffen, dass mit dieser Initiative mehr Schwung in die weitere Entwicklung kommt, und wir sind gespannt auf die Prüfung des Senats und die dann vorliegenden Ergebnisse. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir für die Bremerinnen und Bremer sowie für die Besucherinnen und Besucher der Stadt ein lebendiges, kreatives und interessantes weiteres Weserufer entwickeln können. Davon haben wir alle etwas, und es wird darüber hinaus ein guter zusätzlicher Marketingaspekt für unsere Stadt sein. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich als Jugendlicher oder als junger Erwachsener aus dem nordöstlichen Umland immer nach Bremen gefahren bin, da gab es für mich das Viertel - -.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Aber kein Hamburger!)

Nein! Umland, Lilienthal! Damals gab es für mich das Viertel, den Schüsselkorb, die Sögestraße mit Stadtbibliothek und Karstadt. Dann kam noch dahinter die Obernstraße mit ein paar Jeansläden, dahinter war in einer düsteren Gasse der „Weser-Kurier“, und dann war Bremen zu Ende. Es gab dahinter noch einen kanalartigen Fluss, den man irgendwie vergessen hatte. Heute, 20, 25 Jahre später, leben wir in einer Stadt am Fluss mit dem Fluss mittendrin. Den kann man aus allen möglichen Richtungen inzwischen sehen und erreichen, und er ist zu einem entscheidenden Faktor geworden, wenn Bremen heute vor allem bei jungen Menschen auch als coole, entspannte Stadt am Wasser wahrgenommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vor fast 20 Jahren hat die Stadt - damals mit dem grünen Stadtentwicklungssenator Ralf Fücks - in größerem Stil angefangen, Impulse mit genau diesem Ziel aufzunehmen. Diese gingen erst einmal von einzelnen Bürgerinitiativen wie dem Verein Hal über aus, der die Sielwallfähre für den Publikumsverkehr gerettet hatte und dann das Café Sand etabliert hat. Inzwischen ist daraus eine veritable Reederei geworden, die kommerziell arbeitet, die Bremen am Wasser und auf dem Wasser verkörpert, die uns diese Wasserseite der Stadt auch weiter in den Alltag, ins Freizeitgeschehen gebracht hat, die auch ein wichtiger touristischer Faktor für die Bilder und die Wahrnehmung von Bremen geworden ist und die übrigens nebenbei eine ganz wertvolle historische stadtgeschichtliche Arbeit macht.

Das vergisst man leicht, wenn man vom Freizeitfaktor und den touristischen Erfolgen spricht. Dass das einer Bürgerinitiative gelungen ist, die hier in der Stadt entstanden und ganz ruhig und nachhaltig gewachsen ist, ist vielleicht ein Teil des Erfolgsgeheimnisses der ganzen Stadt am Fluss, was seinerzeit auch einmal ein Programmtitel war.

Die ganze Stadt ist an den Fluss gerückt und hat ihn neu entdeckt. Der Ausbau und die gastronomische Entwicklung an der Schlachte sind auch hausgemacht, wenn man so will. Nicht immer ganz einfach, nicht ohne Widerstände, aber gerade auch Probleme benennend und aushaltend hat hier Stadtentwicklung mitten in der City stattgefunden. Spät, wenn man auf andere Städte am Fluss schaut, aber heute reden wir auf einem hohen Niveau.

Die Überseestadt hat sich da als das große Stadtentwicklungsprojekt dieses Jahrzehnts angeschlossen. Auch die Bebauung des Stadtwerders bezieht ihren Reiz natürlich aus der Lage am Wasser. Das ist alles kommerziell interessant und erfolgreich, das gilt auch für viele Bereiche links der Weser, die Entwicklung der Neustadt, in Walle, aber auch, glaube ich, für die Beliebtheit des Hulsberg-Viertels, das wir zum Beispiel gerade entwickeln, und das muss auch für Entwicklungen der nächsten Jahre in Gröpelingen und Woltmershausen gelten. Man ist dort überall nah am Wasser und soll dort in Zukunft auch weiterhin gut oder besser ans Wasser kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die Grünen - und ich glaube, nicht nur für uns - ist dabei aber klar, dass der Fluss insgesamt nicht zur Partyzone verkommen darf und auch nicht zum Spekulationsobjekt oder -anlass für hochpreisige Immobilien. Deshalb wird es mit uns auch keine Verdrängung von Kleingärten vom Stadtwerder geben, um dort weiter zu bauen, wie das einige Unternehmen inzwischen fordern.

Alle gerade genannten Quartiere müssen auch sozialräumlich entwickelt werden. Uns ist wichtig, dass die Weser überall zugänglich bleibt und dort zugänglich wird, wo sie es noch nicht ist. Uns liegt viel daran, die Weser nicht nur so sauber zu halten, wie sie im Moment ist, sondern ihre Ufer weiter zu renaturieren und bei aller Entwicklung Rücksicht auf den natürlichen Lebensraum Weser zu nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Den Fluss einfach nur zu funktionalisieren, das tut ihm und der Stadt nicht gut, das kann man aus den Fehlentwicklungen der Siebziger- und Achtzigerjahre lernen. Das gilt sicher auch für neue Industrien und Wirtschaftszweige genauso wie für die damalige alten und sichtbar verschmutzten Sport und Kultur auf dem Wasser, Wohnen am und auch auf dem Wasser, das sind gute Wege, um die Wahrnehmung des Flusses zu steigern. Gerade, was das Wohnen betrifft, darf das aber nicht zum Luxusvergnügen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das sind die Herausforderungen. Diese Entwicklungen mit einer intelligenten sozialen Stadtentwicklung, sozial gemischtem Wohnraum zu verknüpfen und dabei die Weser im besten ökologischen Sinne auch in Ruhe zu lassen und hier und da einmal zur Ruhe kommen zu lassen, darum bitten wir den Senat. Es geht uns nicht um eine hektische Entwicklung und nicht um Schnell-schussmarketing, sondern um eine besonnene, zielgerichtete und nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt am Fluss. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bremen als Stadt am Fluss weiterzuentwickeln, ist selbstverständlich eine Idee, die man verfolgen muss. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es eine gute Idee ist, diesen Fluss nicht nur als Transportmittel oder als Lieferant von Wasser oder für den Abtransport von Abwasser zu nutzen, sondern als Lebensraum für die Natur und für die Menschen. Es ist eine gute Idee, dies weiterzuentwickeln. Deswegen stimmen wir diesem Antrag zu.

Auf ein paar Punkte möchte ich eingehen, bei denen ich meine, dass es nicht nur darum geht zu prüfen. Das ist möglicherweise der erste Schritt, aber ich gehe davon aus, dass nach dieser Prüfung in Beantwortung der Fragen ein neues Konzept zur Weiterentwicklung erstellt wird. Ich denke, dass es eine wichtige Aufgabe ist, genau die Widersprüchlichkeiten, die meine Vorrednerin und mein Vorredner schon erwähnt haben, zu berücksichtigen, zum Beispiel den Widerspruch zwischen einer Ökonomisierung einer Uferzone und der Renaturierung einer Uferzone. Eines von beiden geht in der Regel nur. Man kann nicht die Schlachte mit Gastronomie ausstatten und gleichzeitig renaturieren, das ist schwierig! Deswegen muss man ein Konzept haben, das beides sicherstellt.

Ich bin auch nicht sicher, ob es tatsächlich eine gute Idee ist, weitere Gastronomie am Weserufer zu etablieren. Nach meiner Wahrnehmung haben wir relativ viel, und nach meiner Wahrnehmung ist

*) Vom Redner nicht überprüft.

auch eine Situation entstanden, in der allein die Eröffnung neuer Gaststätten nicht automatisch mehr Menschen in diese Gastronomie lockt, die dort Geld ausgeben. Die Anzahl der Quadratmeter Gaststätte pro Gast ist schon vergleichsweise groß. Ich bin mir relativ sicher, dass da kein Vakuumprinzip funktioniert. Deswegen muss man auch da schauen, Weiterentwicklung heißt da nicht automatisch mehr!

Ich bin sehr dafür, dass man darüber nachdenkt, auf dem Wasser zu wohnen, aber ich weiß auch, dass da deutliche Widersprüche zur Frage der Renaturierung naturbelassener Zonen entstehen können. Ich weiß aber auch, wenn man Wohnen am Wasser gerade in Stadtteilen etabliert, wo es momentan eher unbelebt ist oder wo ehemaliges Industrie- oder ehemaliges Hafengelände ist, dass man dann diesen Stadtteil selbstverständlich aufwerten kann.

Ich bin auch sehr dafür, dass man die Frage des Tourismuskonzepts in diesem Zusammenhang auch kritisch beleuchtet und schaut, wie viel Tourismus mehr die Weser eigentlich verträgt, oder ob man möglicherweise irgendwann sagen muss, das muss jetzt genug Tourismus sein. Damit habe ich eine Reihe von Widersprüchen aufgezeigt, und ich gehe davon aus, dass das irgendwann in ein Konzept gegossen wird, das die Widersprüche benennt und auch sagt, wie man diese Widersprüche und die Interessenkonflikte löst.

Es gibt einen Aspekt, der aus diesem Antrag noch nicht richtig deutlich wird. Wir wissen alle in diesem Haus, dass wir in Bremen, was die Stadtteile betrifft, sehr intensive Segregationsprozesse haben. Das heißt, es gibt immer mehr Stadtteile, die „immer ärmer“ sind, und es gibt andere Stadtteile, die „immer reicher“ werden. Ich gehe davon aus, weil klar ist, dass das so ist, dass man bei dem Thema Stadt am Fluss diesen Aspekt berücksichtigt und nicht nur die selbstverständliche Forderung erhebt, dass Uferzonen zugänglich sein müssen, sondern auch die Frage stellt, wie wir den sozialen Zusammenhalt in dieser Stadt mit einem solchen Konzept unterstützen und sicherstellen können, dass sich dieser Segregationsprozess nicht weiter fortsetzt. Das heißt, dass wir keine Räume schaffen, in denen nur Menschen wohnen können, die relativ viel Geld haben, oder Räume schaffen, in denen wir bestehende Strukturen zugunsten hochpreisigen Wohnens verdrängen.

Eine ganze Reihe von Widersprüchen! Ich bin relativ sicher, dass wir das hier an unterschiedlicher Stelle noch einmal diskutieren werden. Ich sagte ja bereits, wir unterstützen diesen Antrag und ge-

hen davon aus, dass es in ein Konzept gegossen wird.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kleine persönliche Bemerkung! Zuerst bedanke ich mich für die herzlichen Glückwünsche seitens des Präsidenten, und ich erlaube mir, Sie am Ende der Sitzung zu einem kleinen Getränk im Foyer einzuladen und bitte Sie herzlich, diese Einladung anzunehmen. - Vielen Dank!

(Beifall)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, dass die Weser nicht nur uns hier berührt, sondern die Menschen insgesamt in dieser Stadt. Wenn man sich erinnert, sich die Geschichte Bremens ansieht, dann ist die Weser über Jahrhunderte hinweg die Lebensader dieser Stadt gewesen, und sie ist es natürlich auch für die Zukunft.

Das, was der Abgeordnete Rupp angesprochen hat, liegt auf der Hand. Ja, die Entwicklung der Weser in ihren jeweiligen Epochen ist widersprüchlich. Während es vor 200, 300 Jahren eher nicht so schick war, an der Weser zu wohnen, weil es von Gewerbe geprägt war und vielleicht eher stank, ist es heutzutage wieder schick, an der Weser zu wohnen, weil die Flüsse sauberer geworden sind, weil es sich auch dort entwickelt hat.

Diese Gegensätzlichkeit - und ich glaube, das sollte man nicht zu thematisieren - wird es weiterhin geben. Ich glaube, es ist auch gar nicht schlecht, dass es diese Gegensätze gibt, weil es auch in der Zukunft so sein wird, dass die Weser, das Wasser, solche Flüsse auf der einen Seite einen Naherholungswert und natürlich auch einen Freizeitwert haben, aber auf der anderen Seite natürlich auch einen Wert für Unternehmen, für Gewerbe und Betriebe. Nicht umsonst leben 80 000 Menschen in dieser Stadt vom Hafen und Umschlag. Das ist und bleibt die Lebensader im klassischen Sinne für unsere beiden Städte. Ich finde, das sollten wir hier auch in keiner Weise negieren.

(Beifall bei der CDU)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Sie haben es angesprochen, die Fehlentwicklung Anfang der Neunzigerjahre - wenn man davon sprechen kann, denn ich bitte, mit solchen Hinweisen etwas vorsichtig zu sein, obwohl es an dieser Stelle die SPD treffen würde - ist, könnte man pauschal sagen, gottgegeben wohl richtig. Jede Generation hat natürlich ihre Sichtweise, und jede Generation macht in ihrer Sichtweise vielleicht auch Fehler. Im Nachhinein sind diese Fehler vielleicht auch ganz hilfreich, um gewisse Entwicklungen an der Stelle zu schärfen und gegenzusteuern. Deswegen würde ich das nicht zu sehr kritisieren.

Ich finde, wir sollten es positiv sehen. Es ist Mitte der Neunzigerjahre - ich glaube, über die Parteigrenzen hinweg - die Erkenntnis gewachsen, dass wir uns der Weser widmen müssen. Lieber Kollege, es ist nicht allein der Verdienst eines Stadtentwicklungssenators, denn wenn man sich an die Zeiten erinnert, waren diese eher von gegenseitiger Blockade mit dem damaligen Wirtschaftssenator geprägt als von einem Aufbruch miteinander.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Ideen hatten wir!)

Ja, Ideen auf der einen Seite! Sie müssen sich auch fragen, Herr Dr. Kuhn, wer es umsetzt. Die einen sind eher für die Ideen, die anderen eher für die Umsetzung. Es ist letztendlich auch egal!

Die entscheidenden Impulse sind Mitte der Neunzigerjahre eingeleitet worden, und sie waren sehr erfolgreich. Ich finde, dass sollte an dieser Stelle in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt werden, weil sich daraus ableitend auch natürlich vieles aufbaut. Das ist, glaube ich, ein ganz entscheidender Punkt. Wir werden daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind der Meinung, dass dieser Entwicklungsraum letztendlich weiterhin einer sehr intensiven Betrachtung städtebaulich hinsichtlich Freizeit und Tourismus bedarf, aber natürlich - das will ich an dieser Stelle auch sehr deutlich zum Ausdruck bringen - muss auch das Verhältnis zum Gewerbe geklärt werden. Wir sprechen uns - das haben wir in der Vergangenheit immer wieder gemacht, und wir machen es an dieser Stelle auch - für Bestandsschutz der Betriebe an der Weser, an den Hafenkanten aus.

Da darf es keinen Widerspruch geben, weil es natürlich um Arbeitsplätze geht, um die Existenz von Unternehmen. Das heißt aber im Umkehrschluss

nicht, dass man nicht weiter nachdenken soll, sondern im Gegenteil, man sollte schauen, wie Entwicklungen - das sind sehr langfristige städtebauliche Entwicklungen - in den nächsten 15 bis 20 Jahren aussehen können.

Wer sich an die Ursprünge der Entwicklung der Überseestadt Ende der Neunzigerjahre zurückerinnert, weiß, dass damals die Stadtplaner gesagt haben, das sind Entwicklungsprozesse von 15 bis 20 Jahren, und sie haben recht gehabt. Wenn man sich anschaut, dass wir mit der Entwicklung noch nicht am Ende sind und dass sich diese Entwicklung immer wieder neu erfindet mit der Setzung neuer Schwerpunkte, dann finde ich, müssen wir dort weiter in diese Richtung marschieren.

Wir verstehen, das will ich an dieser Stelle auch sagen, diesen Antrag der beiden Regierungsfractionen auch als kleine, zwar leise, aber doch Kritik am Senat, dass er sich dieser Aufgabe in den vergangenen Jahren nicht so sehr gewidmet hat, wie man es sich vorstellt. Wenn man sich den Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2007 anschaut, gab es darin noch einen kleinen Absatz unter „Tourismus“ zum Thema Überseestadt und Entwicklung der Weser. Wenn man sich den Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2011 anschaut, dann taucht darin schon gar nichts mehr auf, er baut natürlich auf die eher schwachen Ausführungen im Landestourismuskonzept aus dem Jahr 2009.

Deswegen: Auch da sind wir Schulter an Schulter mit den beiden Fraktionen. Hier ist mehr Dampf erforderlich, hier ist auch mehr konsensuales Miteinander zwischen den beteiligten Ressorts erforderlich. Deswegen unterstützen wir ausdrücklich diese Kritik, die in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, und hoffen, dass der Senat sich seiner Aufgabe, seiner Verantwortung bewusst wird und hier in Kürze ein entsprechendes Papier vorlegt. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei dieser Frage einen wichtigen Punkt vergessen: Ich denke, man muss auch genau prüfen, inwieweit man die unterschiedlichen Wassersport

*) Vom Redner nicht überprüft.

vereine, in dieses Konzept mit einbezieht. Es ist mir relativ viel wert, das zu sagen, denn ich hatte vor kurzem das Vergnügen, mir einen solchen Sportboothafen anzuschauen, und ich weiß, dass da relativ viele Menschen mit sehr viel Engagement auch Renaturierung betreiben und sich sehr intensiv um das Leben am Fluss kümmern. Es ist, glaube ich, eine gute Idee, sie mit auf die Liste derjenigen zu nehmen, die man in einen solchen Prozess der Prüfung und der Umsetzung einbezieht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kottisch.

Abg. **Kottisch** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einfach nur meine Freude zum Ausdruck bringen, dass wir es hier in der Tat schaffen, solch einen breiten Konsens herzustellen, und dass auch die CDU und DIE LINKE, insofern also die gesamte Opposition in diesem Hause, diesem Antrag zustimmen können. Das freut mich sehr, und ich glaube, dass darüber auch ein Stück Rechtfertigung und Legitimation einer solchen Entwicklung dokumentiert wird.

Ziel unseres Antrags war es, diese Entwicklung in den Fokus zu rücken, das ist insofern gelungen. Ich möchte allerdings auch betonen - und die Vorrednerin und Vorredner haben das bereits dargestellt -, dass eine Menge passiert ist. Insofern würde ich mit Kritik ein wenig vorsichtig umgehen. Wenn ich mir allein anschauere, was auf dem Teerhof passiert ist oder an der Schlachte oder auch jetzt bei der Entwicklung der Überseestadt, dann denke ich, dass das schon eine sehr positive Entwicklung in den letzten 20 Jahren war, auf die wir zurückblicken können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Tat - der Kollege Kastendiek hat es Lebensader genannt, der Kollege Werner spricht da eher vom Ökosystem Weser, ich bin mit beidem einverstanden - glaube ich aber, dass die Weser ein identitätsprägendes Asset unserer Stadt ist,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

die Stadt sich darüber auch maßgeblich positioniert und die Menschen sich damit auch identifi-

zieren. Insofern freue ich mich, dass wir hier einen so breit getragenen Antrag auf den Weg gebracht haben.

Ich möchte auch zum Ausdruck bringen, dass ich mich über den Segelverein „Weser“ freue, der jetzt direkt neben dem Weserstadion sein Grundstück neu entwickelt und es auch für die Menschen zugänglich macht. Ich finde, das ein Schritt in die richtige Richtung. Meine werte Kollegin Frau Rosenkötter, die ja Präsidentin des Landessportbundes war, hat mir eben noch einmal gesagt, dass die ersten Stege an der Weser über das Sportressort finanziert wurden. Insofern zeigt das auch, dass in der Vergangenheit die Wichtigkeit erkannt wurde, aber noch Potenziale da sind, und die wollen wir für die Zukunft erschließen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich teile den breiten Konsens, den ich in diesem Haus eben feststellen konnte. Ich habe mich ausdrücklich über diesen Antrag gefreut und kann dazu sagen, dass ich es keineswegs als Kritik an der Arbeit des Senats bisher aufgefasst habe, sondern im Gegenteil: Der Antrag unterstützt das, was auch unser Ressort, aber nicht nur unser Ressort allein, als außerordentlich wichtig empfindet und woran es auch konsequent arbeitet. Dieser Antrag wird unseren Arbeiten weiteren Schub geben.

Die angesprochenen Handlungsfelder von Tourismus, Freizeitnutzung bis hin zum Naturschutz sind schon jetzt Gegenstand kooperativen Handelns der verschiedenen Fachbereiche meines Hauses und auch der anderen Ressorts. Hier ist insbesondere die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsressort bei der Entwicklung der Überseestadt und den dort vorhandenen Bereichen am Weserufer und angrenzend landseitig den neuen Wohnquartieren und Parks zu nennen.

Darüber hinaus dürfen wir nicht die Kooperation mit dem Deichverband vergessen, die sehr intensiv ist, mit privaten Anliegern, mit den Vereinen und den Weseranliegern der gewerblichen Wirtschaft. Nur so konnten die ambitionierten Projekte der letzten Zeit verwirklicht werden wie zum Beispiel die Weseruferrenaturierung in Rablinghausen, und wir konkretisieren gerade Planungen - Sie haben es der Presse entnommen - für die Umgestaltung des Sporthafens im Bereich des

*) Vom Redner nicht überprüft.

Weserstadions. Alles dies erfolgt in Kooperation mit den Betroffenen. Eine ganze Reihe weiterer derartiger Projekte befindet sich im Planungsstadium oder auch schon im Genehmigungsstadium; ich verweise zum Beispiel auf den weiteren Ausbau der unteren Schlachte.

Die im Antrag eingeforderte Verknüpfung mit Handlungsbereichen wie Tourismus und Kultur ist für mich selbstverständlich. Es wird ein Bericht innerhalb von fünf Monaten erbeten. Dem wollen wir sehr gern nachkommen, zumal wir sicher sind - wir haben zwar gehört, städtebauliche Entwicklungen sind langfristige Entwicklungen, die 20 Jahre und länger dauern -, dass wir schon innerhalb dieses Zeitraums von fünf Monaten bei weiteren Projekten wie der Verlängerung der Schlachte in Richtung Weserbahnhof oder auch der Ermöglichung von Hausbootliegeplätzen in der Überseestadt ein Stück weiter sein werden und darüber werden berichten können.

Auch im Bereich Hemelingen gibt es neue Projekte im Bereich der Uferrenaturierung, das habe ich mir vor kurzem dort selbst angesehen bei gefühlten minus 15 Grad. Es war relativ frisch, aber es wird dort sehr schön werden. In ressortübergreifenden Gesprächen unter Federführung meines Hauses werden auch in den anderen angesprochenen Feldern wie der Öffnung weiterer Zugangsmöglichkeiten zur Weser oder der Integration von Kulturprojekten Fortschritte zu erwarten sein.

Eine Reihe von Dingen wird im Antrag angesprochen, die etwas länger dauern werden, das sage ich auch so offen, wie weitere Schiffsverkehre, weitere Fährverbindungen und dergleichen. Das halte auch ich für sinnvoll, ist aber ein etwas länger währendes Vorhaben.

Auch ich kann mich erinnern, wie die Weser vor knapp 30 Jahren ausgesehen hat. Ich bin im Jahr 1984 zu einer sogenannten Weserabflussfahrt hier gewesen. Sie wurde damals von Umweltverbänden organisiert und hatte nichts anderes zum Thema als den verschmutzten Fluss, den Fluss, der als Transportweg und Abwasserkanal missbraucht wurde. Ich denke schon, man kann hier von einer Fehlentwicklung sprechen, auch wenn sie aus der damaligen Logik heraus vielleicht unabdingbar war. Aus heutiger Sicht ist es aber eine Fehlentwicklung gewesen, und wir können gemeinsam froh sein, dass diese Zeiten hinter uns liegen.

Wir haben sehr viel erreicht. Ich habe die Weser nicht wiedererkannt, als ich im vergangenen Jahr nach langen Jahren wieder nach Bremen kam. Ich muss sagen, die Entwicklung der Schlachte und

wie die Weser jetzt aussieht, auch im Bereich des Café Sand und dergleichen, das sind tolle Entwicklungen. Wir glauben, dass die hohe Identifikation, die die Bremerinnen und Bremer mit dem Fluss haben, und der breite Konsens in diesem Haus uns helfen werden, auch bei begrenzten materiellen Möglichkeiten hier weitere Erfolge zu erzielen. Insofern nehmen wir den Auftrag gern an!

Wir werden uns auch an Vorbildern orientieren - einige sind ja genannt worden -, ist für uns wichtig, auch in andere Städte zu schauen, über den Tellerrand zu schauen. Das kann ich Ihnen zusagen, das werden wir tun. Dann wollen wir gern in einigen Monaten über die weiteren Schritte hier berichten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 18/88 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14. Februar 2012 (Drucksache 18/93 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Stadt Bremen hat eine hohe Lebensqualität, aber wir müssen auch feststellen, es gibt Unterschiede in der Entwicklung in einzelnen Stadtteilen und Quartieren. Als rot-grüne Regierungskoalition haben wir bei dieser Aufgabenstellung einen klaren strategischen Ansatz: Wir stehen für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, die das Ziel hat, den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das vom Senat beschlossene neue Leitbild der Stadtentwicklung ist weiter mit Leben zu erfüllen. Der Bremer Westen steht durch die sozialen und demografischen Herausforderungen in einem besonderen Maße im Fokus dieser von mir genannten Strategie einer sozialen Stadtentwicklung. Es gilt, einen Perspektivwechsel zu organisieren und die Talente, Begabungen und Potenziale stärker in den Vordergrund zu rücken.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es lohnt sich, ein bisschen zurückblicken, was die Region des Bremer Westens für die Entwicklung unserer Gesamtstadt, für Bremen geleistet hat. Erstens möchte ich die Industrialisierung benennen, beginnend am Ende des 19. Jahrhunderts. Es waren die Werften, es waren die Hafенbetriebe des Bremer Westens, die über ein Jahrhundert die Herzkammer, ja die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt darstellten. Hier wurde gearbeitet, hier wurde Geld verdient.

Zweitens: Schon vor dem Zweiten Weltkrieg war durch den Hafen, durch das praktische Erleben und Kennenlernen von Besatzungen, von Beschäftigten der Überseeschiffahrt, also das Kennenlernen von Menschen aller Nationalitäten im Lebensalltag, Toleranz gegenüber anderen ein Stück des alltäglichen Lebens in dieser Region. Die ersten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit migrantischem Hintergrund, damals Gastarbeiter genannt, arbeiteten auf den Werften, auf der Klöckner-Hütte und im Hafen.

Es waren - das sei besonders erwähnt - die Menschen des Bremer Westens, die sich nach dem Jahr 1945 in Zeiten extremster Wohnungsnot nach dem Zerbomben ganzer Stadtquartiere auf ihre Parzellen zurückzogen, um sich Wohnraum zu schaffen. In der Waller Feldmark und in den weiteren Parzellegebieten des Bremer Westens lebten damals über 10 000 Kaisenhäuser-Bewohnerinnen und -Bewohner. Aus dieser Tradition heraus erleben und gestalten auch heute die Menschen des Bremer Westens praktische Solidarität, Nachbarschaft und Integration.

Der Bremer Westen gehört nicht zu den wohlhabendsten Regionen unserer Stadt. Gleichwohl verfügt er aber über eine Reihe von Reichtümern wie Kultur, Kreativität, Integrationsvermögen, bezahlbarem Wohnraum; Freiräume und die ausgedehnten Kleingarten- und Naherholungsgebiete seien hier genannt.

Auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem vorliegenden Antrag den Senat auf, ein ressortübergreifendes Handlungskonzept aufzulegen und zur Umsetzung dessen eine Entwicklungsagentur West einzurichten. Für uns, für die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion, möchte ich den Anspruch an diesen Prozess wie folgt formulieren: Programm und Agentur müssen ein Gesicht bekommen. Es war richtig, dass in der Vergangenheit auf der Grundlage einer Beschlussfassung des Senats vom Jahr 2010 im November die Leitbild-Arbeitsgruppe „Bremer Westen“ Analysen, Ableitungen und Untersuchungen erstellt und diskutiert hat, aber dabei darf es nicht stehen bleiben.

Ja, ein neues Gesicht zu bekommen, ein Programm und eine Umsetzungsstrategie, die den Anforderungen des Bremer Westens gerecht werden, bedeutet für uns, die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion, insbesondere folgende Punkte schwerpunktmäßig anzugehen:

Erstens, bei der Entwicklung dieses Programms die Stadtteilpolitik, die lokalen Akteurinnen und Akteure und die Einrichtungen einzubeziehen, das ist ein wichtiger Punkt, weil wir gerade hier über lange Jahre, was Teilhabe betrifft, also die Beteiligung von Menschen vor Ort, sehr positive Erfahrungen haben!

Zweitens, die Beteiligungsprozesse im Rahmen der Programme Soziale Stadt und Wohnen in Nachbarschaften zu behalten und diese auch in den Gesamtprozess zu integrieren!

(Beifall bei der SPD)

Drittens, von Anfang an einen ressortübergreifenden, strategischen Ansatz zu gewährleisten und umzusetzen! Es gilt, die Tätigkeiten der Senatsressorts im Rahmen dieser Gesamtstrategie für den Bremer Westen zu bündeln.

Ich möchte betonen, wir müssen in dieser Arbeit auch als Politik, in den Fachdeputationen, in den Beiräten, in den Initiativen, immer darauf achten, dass wir auch qualitativ einen Schritt weitergehen. Es kann nicht sein, dass wir eine bestimmte Kultur auch in unserer Stadtgesellschaft zu verzeichnen haben, dass viele interessante und gute Papiere geschrieben werden, die dann über lange Jahre bearbeitet, aber hinterher nicht umgesetzt werden. Ich denke, wir müssen hier gerade auch bei diesem Projekt dafür sorgen - hier bedarf es der fachlichen Kompetenz, das, was in den Einzelressortbereichen vorhanden ist, zu einem Ganzen zusammenzuführen. Das ist der Anspruch, den wir in diesem Antrag formuliert haben, und ich denke, der ist richtig und notwendig.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viertens sehen wir als Schwerpunkt den Bereich Wohnungsbaupolitik. Wir werden diese Frage am Donnerstag im Landtag auch noch von der grundsätzlichen Sichtweise und ihrer strategischen Ausrichtung her diskutieren, aber ich möchte es noch einmal benennen: Eine Wohnungsbaupolitik zu betreiben und insbesondere bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu realisieren, muss auch im Zusammenhang mit der Stabilisierung, mit der Entwicklung im Bremer Westen ein Schwerpunkt sein.

Fünftens, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist die Finanzierung dieses Projektes - und so haben wir es im Antrag auch formuliert - in den Haushaltsberatungen sicherzustellen; es darf nicht zu einem Verschieben von jetzt vorhandenen Projekt- und Programmmitteln kommen. Dieser richtige Anspruch, den wir in unserem Antrag

und unseren strategischen Aussagen formuliert haben, einer integrierten Stadtentwicklungspolitik, insbesondere hier auch für den Bremer Westen, muss auch im Haushalt abgesichert werden. Ich möchte betonen, dass wir es als SPD-Bürgerschaftsfraktion nicht als ein Herausheben einer bestimmten Region und Konkurrenz zu anderen wichtigen und notwendigen Stadtteilen ansehen. Ich erwähne insbesondere die Region in Bremen-Nord, wo wir auch klare Aussagen zur Schwerpunktssetzung getroffen haben, und ich möchte hier auch noch einmal unterstreichen, dass das auch eine wichtige und notwendige Aufgabe des Gesamtensats ist.

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass dieses Programm ein Gesicht bekommt und dass die vorhandenen Potenziale aufgezeigt werden und sich daraus handlungsfähige Strategien für die Stärkung des Bremer Westens entwickeln. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Werner.

Abg. **Werner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Wir sprechen hier heute über Problemlagen im Bremer Westen im sozialen Bereich, im Bildungsbereich und auch über das Wohnen und Bauen. Auch städtebaulich sind die Öffnung von Gröpelingen zur Innenstadt sowie zu den vorstädtischen und ländlichen Randgebieten hin, auch die Verbindung von Alt-Walle und der neuen Überseestadt riesengroße Herausforderungen. Dazu müssen wir, ganz praktisch, die irrsinnig breite Nordstraße überwinden, müssen auch sehen und zeigen, wie nahe Walle der Innenstadt eigentlich ist, dazu müssen wir aber auch sehr auf das Image der Stadtteile im Westen achten. Deshalb warne ich davor, den Bremer Westen nur als Sanierungsfall zu sehen und zu behandeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir wollen eine Entwicklungsagentur West aufstellen, um mit den Kompetenzen vor Ort - und damit meine ich auch all die Bürger, die sich für ihren Stadtteil engagieren, die vielen kleinen und kleinteiligen lokalen Kulturakteure in Walle und Gröpelingen, die spezialisierten sozialen Initiativen in den Stadtteilen - Stadtentwicklung zu betreiben, weil nachhaltige Stadtentwicklung beteiligende Stadtentwicklung ist, nicht erst im Genehmigungsstadium oder gar im Protestmodus, sondern im Ideen- und Entwicklungsstadium.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehören natürlich auch der Blick über den Tellerrand und der Blick von außen. Oft ist er inspirierend und impulsgebend, oft macht der vorhandene Qualitäten erst sichtbar. Manchmal ist dieser Blick nach und von außen aber auch schmerzlich oder peinlich. Er kann Illusionen zerstören, und er kann verwachsene Strukturen erkennen. Weil aber auch das unabdingbar zu einer Entwicklung dazugehört, gehört diese Bündelung von Innensicht und Außensicht für uns auch unabdingbar zu einer Entwicklungsagentur.

Die Stadtteile können voneinander lernen und profitieren. Wir wollen den Westen mit seinen lebenswerten Qualitäten, seiner fein verästelten sozialen Struktur und Versorgung und seinen sozialen Wohnformen weiterentwickeln und fit machen. Der Westen ist unheimlich reich, auch an grüner Natur, an Wasser, an Kultur. „Kultur Vor Ort“ und „Lernen vor Ort“ aus Gröpelingen sind best-practice Projekte, die inzwischen Exportschlager sind - das darf man in der Stadtbürgerschaft, glaube ich, so sagen -, die in Bremerhaven inzwischen erfolgreich eingesetzt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Es gibt im Westen die tollsten Entwicklungsideen, vom Skatepark in der Überseestadt oder dem BlauHaus der Blauen Karawane über die Ideen für eine Umnutzung der Union-Brauerei am Osterfeuerberger Ring bis zu integrativen und generationenübergreifenden Wohnprojekten in Gröpelingen. Davon muss aber auch der Rest der Welt, jedenfalls der Stadt, der Bremer Welt, erfahren, damit Walle und Gröpelingen, Oslebshausen und Findorff für alle Bremer interessant bleiben, vielleicht wieder etwas interessanter werden. Der steigende Bedarf an Jugend- und Bildungsangeboten ist nicht nur eine große finanzielle Herausforderung, ich würde damit auch eine große Hoffnung für den Bremer Westen verbinden.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Dort sind und wachsen sehr viele junge Menschen auf, und es wäre schön, wenn sie ihre Quartiere mitgestalten und wenn wir sie in den westlichen Stadtteilen dann auch halten könnten, weil diese Stadtteile lebenswert sind und bleiben sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Ziel, und dafür bitte ich um Ihre Zustimmung zur Einrichtung einer Entwicklungs-

agentur West und zu unserem Antrag dazu. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Vogt.

Abg. Frau **Vogt** (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vorweg, ein ressortübergreifendes Handlungskonzept zur Stärkung des Bremer Westens halten wir auch durchaus für sinnvoll, genauso wie die Beteiligung der Menschen vor Ort. Die ist gut und auch notwendig! Positiv an dem Antrag finden wir auch die Orientierung an guten Beispielen in Bremen, wie beispielsweise Tenever, sowie die in der Vorbemerkung genannten Aspekte, Wohnraumbildung und soziale Teilhabe.

Was sich uns allerdings nicht so richtig erschließt: Was soll diese Entwicklungsagentur West genau sein? Das wird nicht so richtig klar. Es steht in dem Antrag, dass sie das Konzept und seine Umsetzung koordinieren soll. Agentur hört sich für uns zunächst so an wie eine privatwirtschaftliche Organisationsform. Dem üblichen Ansatz folgend, würde dann irgendwer eine Stelle bekommen, befristet vermutlich und mit Projektmitteln versehen; langfristig könnten die Haushaltsmittel im Westen dann aber niedrig gehalten werden.

Ferner möchte ich sagen, Herr Werner, ich lebe seit 27 Jahren im Westen, die Situation ist mit Sicherheit so, es gibt viel Potenzial dort, es gibt wunderbare Einrichtungen sozialer sowie kultureller Art, es gibt viele Menschen, die dort aktiv sind. Das große Problem aber, welches wir haben, liegt darin, wie die Schulen und der öffentliche Raum gestaltet sind. Im Bremer Westen, in Gröpelingen und Walle, fehlt seit über zehn Jahren adäquater Schulraum. Es gibt Schulen, die für vier Klassen eingerichtet sind, in den aber sieben Klassen pro Jahrgang unterrichtet werden. An diesen Schulen ist keine Besenkammer mehr frei, und es gibt keine Schulhöfe, weil diese mit Containern vollgestellt sind! Jetzt verlassen in den nächsten drei Jahren die letzten Schüler die Klassen. Die Schüler mussten mit 35 anderen dort lernen, und zwar in Klassenräumen, die für 20 Schülerinnen und Schüler konzipiert worden sind.

Trotz der wirtschaftlichen Probleme, die in einigen Ortsteilen im Bremer Westen vorhanden sind, trotz der sozialen Probleme gibt es dort immer

* Von der Rednerin nicht überprüft.

noch nicht genügend Ganztagschulen. Die Grundschulen sind zum Teil immer noch Halbtagschulen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das gehört doch nicht zum Antrag!)

Lassen Sie mich bitte ausreden! Auch die weiterführenden Schulen können eine Verlässlichkeit eben teilweise nur bis 13 Uhr bieten. Dem Bildungsressort fehlt es nämlich einfach an Mitteln.

Auf Probleme - und an dieser Stelle kommen wir zu der Beteiligung -, die im Bremer Westen in dem Bereich vorhanden sind, haben Ortpolitiker, Kommunalpolitiker, Lehrer und Eltern immer wieder hingewiesen, und wir sind jahrelang ignoriert worden. Wir erleben deswegen seit Jahrzehnten eine immer stärker werdende Segregation mit allen hässlichen Folgen. Die Wohnungsbaugesellschaften wurden an Heuschrecken verkauft, und in Gröpelingen verkommen die Häuser, zumindest dort, wo sie im Besitz von Heuschrecken sind. Die Schulsituation ist so schlecht, dass viele Bremer wegziehen, wenn die Kinder schulpflichtig werden. Die Folgen kann man sehen.

Wir haben dort erklärte Sanierungsgebiete, aber trotzdem bricht der Einzelhandel zusammen. In Gröpelingen gibt es Straßen, in welchen es mehr Internetcafés und Wettbüros gibt, als dass man dort Dinge des alltäglichen Bedarfs kaufen kann. In Walle - und an dieser Stelle komme ich auch noch einmal auf Herrn Werner zurück -, das ist der am höchsten verdichtete Stadtteil in Bremen, gibt es kaum öffentliche Plätze, keine richtigen Grünanlagen und noch nicht einmal eine Bezirkssportanlage.

(Widerspruch bei der SPD)

Jetzt möchte ich auf das Wesentliche, was ich an dem Antrag zu kritisieren habe, zu sprechen kommen. Im Westen sind die Menschen aktiv, sie kümmern sich um ihre Belange, aber sie werden oft nicht ernst genommen. Es gibt zum Beispiel eine große Bürgerinitiative für den Erhalt des Dedendorfer Platzes als öffentlichen Raum; die Signale, die Immobilien Bremen aussendet, lauten aber, wir werden verkaufen, weil wir Investoren suchen. Das ist für die Lebensqualität der Menschen vor Ort nicht förderlich!

Also sage ich hinsichtlich einer Entwicklungsagentur, es gibt Planungskonferenzen der Beiräte, es gibt die vielen Menschen vor Ort, die genau wissen, wo der Schuh drückt, und die auch konkrete Vorschläge machen, das bezieht die Kommunalpolitik in den Beiräten mit ein. Eine Entwicklungsagentur erscheint uns ein wenig wie ein Wasser-

kopf. Sie ist ein Konstrukt, welches entstanden ist, als die Bewerbung zur Kulturhauptstadt vor ein paar Jahren nicht geklappt hat. Im Wesentlichen geht es um einen Modellversuch, mit dem aus Entwicklungsmitteln verschiedener Art versucht wird, Gelder in eine Bildungsoffensive zu stecken und bestehende Strukturen mit Drittmitteln notdürftig aufrechtzuerhalten. Dies finden wir an dem Antrag bedenklich.

Im Prinzip, Herr Pohlmann, gebe ich Ihnen recht, es ist sinnvoll, dort etwas zu machen, um diesen Kollaps der Mängelverwaltung endlich aufzuhalten. Positiv, das sage ich auch noch einmal, ist unbedingt, dass die Starre der bestehenden Ressortgrenzen in der Planung aufgehoben werden soll und dass die Planungskonferenzen beteiligt werden sollen. Was wir aber nicht so gut finden, ist, dass letztendlich die Regelfinanzierung davon völlig unabhängig wird und weiter nach unten gedrückt werden kann. Dies müsste dringend geklärt werden.

Es wird also in hohem Maße davon abhängen, dass gezielt Forderungen zur Nachbesserung in vielen Bereichen entwickelt werden. Die Probleme sehen wir in der Umsetzung, zu welchen Bedingungen das Ganze verlaufen soll, wie weit die Dinge ergebnisoffen geplant werden und wie sehr die Beteiligten zu realen Konditionen einbezogen und eingesetzt werden. Das Quartiersmanagement ist eher für das Auffangen der konkreten Anliegen aus der Bevölkerung und ihrer Umsetzung da. Der Kompetenzteil der Entwicklungsagentur für die Planungsprozesse, das kommt uns zurzeit etwas kopflastig daher, weil es fraglich ist, ob wir zu den bestehenden Strukturen überhaupt noch Parallelstrukturen brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was uns im Westen wirklich helfen würde, wären Taten, aber die kosten Geld. Wir brauchen dort Ganztagschulen, wir brauchen genügend Schulraum, wir brauchen genügend Plätze in Kindertagesstätten und Krippen, und wir brauchen natürlich einen Stadtteil, der nicht noch dichter bebaut wird, sondern einen, der Grünflächen hat. Ferner brauchen wir - und da wäre ich dem Senat sehr dankbar - dort vernünftigen Wohnraum. Es wäre äußerst sinnvoll, wenn die Wohnungsbaugesellschaften, die jetzt in der Hand von Heuschrecken sind, aufgekauft werden, damit die Gebäude dort nicht weiter verfallen und die Menschen adäquat und bezahlbar wohnen können.

Wenn dies alles in Ihrem Antrag gestanden hätte, Herr Pohlmann, würde ich hier stehen und der ganzen Stadt sagen, dass Sie etwas richtig Tolles für den Bremer Westen machen. Aber genau das

steht leider nicht in Ihrem Antrag, und daher bleiben für uns viele Fragen offen.

Wir finden in Ihrem Antrag aber auch nicht alles unkonkret, deswegen bitten wir um getrennte Abstimmung, weil wir den Punkt drei wirklich für sehr sinnvoll halten und ihm auf jeden Fall zustimmen werden. Ansonsten hoffe ich tatsächlich, dass sich das dann auch in Taten verwandelt und nicht nur in Agenturen, die irgendetwas entwerfen. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Strohmann das Wort.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch ein Betroffener.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Sie sind betroffen?)

Ja, ich bin auch betroffen!

Den Bremer Westen sozial und städtebaulich weiterentwickeln, so steht es in Ihrem Antrag, und auf den ersten Blick kann man sagen: schön! Bauliche, freiräumliche, soziale und bildungspolitische Herausforderungen et cetera, eine ressortübergreifende Strategie, optimieren, integrieren, Stadt- und Sozialraumentwicklung, das hört sich alles prima an, und ich glaube, es ist sogar so gemeint.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Danke!)

Es ist gut gemeint, aber was gut gemeint, wissen wir alle, ist oft das Gegenteil von gut gemacht.

Auch eine Entwicklungsagentur West ist vielleicht keine schlechte Idee. Was hatten wir aber nicht alles schon im Bremer Westen? Wir hatten mehrere EU-Sanierungsgebiete, wir hatten engagierte Sanierungsbeiräte, wir haben Netzwerke vor Ort, die sich kulturell, sozial- und bildungspolitisch einsetzen. Geändert hat sich leider nichts, jedenfalls nicht zum Guten! Alles, was wir oder Sie jetzt in ein solches Konzept schreiben wollen, wissen wir im Grunde genommen schon seit Jahren. Wir haben ein gravierendes Grundproblem. Wir haben eine Abwanderung bestimmter Teile, einige sagen Mittelschicht. Es ist vielleicht ein schwieriger Begriff, weil die Historie des Bremer Westens unterschiedlich ist. Wir haben somit Entmischungsprozesse und eine sozialräumliche Trennung mit einer gleichzeitigen stärkeren Abschottung von ethnischen und sozialen Gruppen.

Es ist irgendwann der Punkt, an dem Vorbilder fehlen, an dem es an Vermischung fehlt, an dem Anreize fehlen und an dem der Aufstiegs-wille fehlt. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wird immer schwieriger. So sehen wir als CDU-Fraktion Ihre Ansätze mehr darin geprägt, Ihr schlechtes Gewissen zu beruhigen, als dass Sie die Kraft haben, wirklich etwas verändern zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Pohlmann hat es schon gesagt, wir werden am Donnerstag im Landtag erneut ausführlich über das Thema debattieren, wofür ich sehr dankbar bin, um die Grundsätzlichkeit dieser Entwicklung noch einmal aufzuzeichnen.

Unserer Meinung nach ist das Problem Ihre Stadtentwicklung durch soziales Wohnen. Wenn Sie geballt in bestimmten Gebieten immer mehr preiswerten sozialen Wohnungsbau platzieren, müssen Sie sich nicht wundern, dass Sie eine immer größere Abschottungstendenz entwickeln. Das ist nämlich der Hauptgrund. Wir müssen endlich an die Ursachen heran, denn ein paar punktuelle Hilfsmaßnahmen nützen nichts mehr, der Patient ist in Teilen schwer krank, und wir haben in Teilen, ohne schwarzmalen zu wollen, offene Wunden in dieser Stadt. Da hilft es auch nichts, wenn Sie mit pflastern kommen, um diese zu beheben. Da können diese Pflaster auch noch so bunt und mit Mickey-Mouse-Motiven verziert sein, sie helfen dann nichts mehr, denn es ist mittlerweile ein großes Problem. Wir müssen jetzt heran, und wir müssen Taten sehen.

Ehrlicherweise werden wir diesen Antrag nicht mitmachen. Wir werden ihn aber auch nicht ablehnen, weil er vom Ansatz her ja nicht falsch ist. Nur eines sage ich Ihnen auch: Hören Sie endlich auf, irgendwelche Punkte aus Ihrem Koalitionsvertrag abzuschreiben, damit dies die Regierung zum Handeln auffordert! Tun Sie bitte endlich etwas, gehen Sie an die Ursachen heran, und hören Sie auf, sich selbst zu loben! Wir müssen da heran, damit die Menschen eine Perspektive haben. Da nützt es nichts, wenn wir zusätzlich noch Agenturen, Konzepte und dergleichen entwickeln. Gehen Sie an die Menschen heran, geben Sie ihnen Perspektiven, hören Sie endlich auf, die Spaltung dieser Stadt zu forcieren!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was schlagen Sie vor? Was schlägt die CDU vor?)

Das habe ich doch gerade gesagt, Herr Dr. Kuhn! Dann müssen Sie bitte zuhören, das habe ich Ihnen gesagt!

Hören Sie endlich auf, mit Ihrer Wohnungs- und Entwicklungspolitik die Spaltung dieser Stadt zu forcieren!

(Beifall bei der CDU)

Sie produzieren mit Ihrer Wohnungsbaupolitik eine immer stärkere Konzentration bestimmter Gruppen und Menschen und eine verstärkte Abwanderung anderer Gruppen, und somit verstärken Sie im Grunde genommen das soziale Elend. Das müssen Sie endlich einmal begreifen!

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war nicht, was Sie machen wollen!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach diesem allgemeinen Aufschlag des Kollegen Strohmann versuche ich, doch auf den Kern der Fragestellung zu kommen, den wir bei beiden Vertretern der Oppositionsparteien herausgehört haben. Im Kern war es ja die Aussage: Nun tun Sie einmal endlich etwas! Ich möchte daran erinnern, dass diese rot-grüne Regierungskoalition trotz der allseits bekannten geringen Möglichkeiten auch in einem Sanierungshaushalt hier Schwerpunkte gesetzt hat. Ich erinnere daran, dass im Bereich Bildung und Vorschule und insbesondere auch in den Bereichen des Bremer Westens hier ganz konkrete Maßnahmen für diese Einrichtungen getroffen worden sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Strohmann [CDU]: Welche?)

Das ist rot-grüne Realpolitik, und das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen, das muss man sich einmal ansehen.

Der nächste Punkt ist, ich möchte Sie, Herr Strohmann, und alle anderen herzlich einladen, in dieser Diskussion, in diesem Prozess mitzumachen. Dieser Antrag fordert den Senat auf, uns hier ganz konkrete Maßnahmen vorzulegen, und zwar nicht nur aus der Verwaltungsebene heraus, sondern unter Einbeziehung der Stadtteilpolitik, der Deputationen und der Einrichtungen vor Ort. Ich glaube, in dieser realen Lage - da brauchen wir nicht herumzureden - ist Handlungsbedarf angesagt.

Wir als rot-grüne Regierungskoalition nehmen diese Aufgabenstellung wahr und laden alle recht

herzlich ein, hier mitzumachen, weil es fürwahr insbesondere auch um die Erfahrungen der Netzwerke der Einrichtungen vor Ort geht, die hier über lange Jahre eine erfolgreiche Arbeit unter nicht einfachen Lebensumständen geleistet haben. Die brauchen wir, und die wollen wir mitnehmen. Das zum Thema Einladen und Mitmachen!

Das ist nicht nur eine bremenspezifische Diskussion. Das kann man auch unter den Gesichtspunkten der politischen Farbenlehre sehen, ob das jetzt eine CDU-Bürgermeisterin oder ein CDU-Bürgermeister ist oder eine andere Regierungskonstellation. Wir haben die Entwicklung unserer Stadtgesellschaften bundesweit zu sehen. Wie man bei der Fachdiskussion zu Hamburg-Wilhelmsburg sieht, ist es eine große Aufgabenstellung des Senats, auch noch unter der alten Regierungskoalition von CDU und Grünen. In der Zeit ist es eingeleitet worden, und es ist jetzt vom neuen Senat in Hamburg sogar verstärkt fortgesetzt worden. Es geht darum, wie es uns unter diesen objektiven Bedingungen gelingen kann, hier einer sich in Teilbereichen weiter auseinanderdriftenden und -entwickelnden Stadtgesellschaft entgegenzuwirken.

Herr Strohmann, in vielen Punkten, die Sie hier leider sehr überspitzt dargestellt haben, ist das so, davor können wir auch nicht die Augen verschließen. Es geht aber doch darum, welche politischen Konzepte wir dem entgegenzusetzen haben, insbesondere im Bereich der Wohnungsbaupolitik, die wir am Donnerstag im Landtag diskutieren wollen und werden. Wir sind doch von unserer Aussage, von Rot-Grün in dieser Regierungskoalition einig: Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Wir werden diesen Senat auch entsprechend auffordern und bitten, hier initiativ zu werden.

Gleichzeitig sind wir aber auch dafür, ich sage das einmal exemplarisch, ich finde es außerordentlich positiv, dass es in solchen Wohnquartieren und Stadtteilen wie Woltmershausen gelungen ist, durch Einfamilienhausbau und eine kluge Baupolitik auch diese Ansätze, die Sie entwickelt haben, fortzuführen. Selbstverständlich muss das unsere Linie sein, das heißt, auch in der Wohnungsbaupolitik muss einer sozialen Entmischung entgegengetreten werden. Trotzdem sind Sie aber auch Vertreter einer Partei, die nicht für VEB Wohnungsbau eintritt, daher müssen wir sehen, unter welchen Bedingungen wir das hier auch leiten und steuern können. Das ist eine große Herausforderung.

Dann zu der Frage von Frau Kollegin Vogt! Handeln Sie erst einmal im Bremer Westen, haben Sie gesagt. Das ist richtig, das ist immer gut. Ich

glaube aber - ich habe versucht, das auch darzustellen -, dass wir ganz konkret die anstehenden Fragestellungen bearbeiten. Ich sage in aller Deutlichkeit, was wir in diesen Stadtquartieren des Bremer Westens brauchen, ist ein Programm, das allseitig ist, das neben den Fragen der städtebaulichen Entwicklung und des Wohnungsbaus insbesondere auch die soziale Infrastruktur und das Miteinanderleben der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Darum soll es eine Agentur geben - das steht auch in unserem Antrag -, die über diesen ganzen Fragen steht, die dies koordiniert. Das ist eine wichtige Aufgabe. Diese Agentur hat insbesondere auch die Aufgabe, die Stärken dieses Stadtteils herauszustellen und das ein Stück zu stabilisieren und auch in der Öffentlichkeit darzustellen, was der Bremer Westen mit seiner Geschichte und jetzt mit seinem praktischen Leben an Positivem hat.

Das ist eine ganz entscheidende Aufgabe, und da sollten wir optimistisch herangehen, dies gemeinsam zu diskutieren, und den Senat auffordern und bitten, in dieser Richtung initiativ zu werden. Ich glaube, da sind wir in der bundesweiten Diskussion, in der solche Entwicklungen auch thematisch behandelt werden, ein ganzes Stück auf dem richtigen Weg. Ich hoffe, dass wir gemeinsam mit Ihnen hier zu einem guten Ergebnis kommen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles, was in der Debatte gesagt worden ist, rennt bei uns gewissermaßen offene Türen ein. Wir teilen die Intentionen dieses Antrags. Ich möchte Ihnen kurz einige Dinge berichten, die derzeit am Laufen sind und über die wir Sie gern weiter auf dem Laufenden halten wollen.

Die Entwicklung des Bremer Westens steht schon seit Längerem im Fokus der Stadtentwicklungspolitik des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Im Jahr 2009 ist ein Stadtmonitoring durchgeführt worden, das damals zu dem Ergebnis gelangte, dass in Teilen des Bremer Westens soziale, städtebauliche und bildungsbezogene Problemlagen in besonderem Maße angetroffen werden. Das ist auch der Grund, weshalb wir uns heute mit diesem Antrag auseinandersetzen. Insbesondere wurden jüngst Teile des Westens als Maßnahmeschwerpunkte der Programme „Wohnen in Nachbarschaften“ und „Soziale Stadt“ bestätigt, das

heißt, das sind Maßnahmeschwerpunkte, in die schon jetzt Fördermittel entsprechend fließen. Mittel der Städtebauförderung fließen darüber hinaus in die Entwicklung der Bildungslandschaft des Bremer Westens rund um das künftige Quartiersbildungszentrum Gröpelingen, eines der größeren, wie ich meine, auch sehr beispielhaften Vorhaben, die wir dort in der Planung haben.

Die Wohnungsbaukonzeption empfiehlt die energetische Erneuerung der Wohnungsbestände, die Ermöglichung neuer Wohnformen beim Wohnungsneubau und die Herstellung bezahlbaren Wohnraums. Hier sind im Westen bereits erste Schritte eingeleitet worden. Es gibt einen Antrag auf die KfW-Förderung eines energetischen Quartierskonzepts, um dort auch den Aspekt der Nachhaltigkeit mit den sozialen Aspekten zusammenzubringen.

Wir wollen Projektflächen für Wohngruppen bereitstellen, und es gibt eine Kooperation mit der GEWOBA zur Herstellung kostengünstiger Wohnungen. Das ist das Wohnungsbauunternehmen, auf das wir unmittelbaren Einfluss nehmen können. Mit den anderen Akteuren muss man eben auf dem Verhandlungsweg sehen, wie man dort vorankommt.

Ich möchte aber auch betonen, wir sollten auf keinen Fall den Fehler machen, den Bremer Westen ausschließlich als einen Problembereich zu sehen. Der Bremer Westen verfügt über Reichtümer wie eine junge Bevölkerung, kreative Kultureinrichtungen - das ist heute auch schon genannt worden -, historische Wohnsiedlungen der Vorkriegszeit, reichhaltige Garten- und Parzelligegebiete und die Wasserlagen an der Weser, an Fleeten und Seen. Auch über die Wasserlagen haben wir heute schon gesprochen. Alle Quartiere wie Walle, Gröpelingen, Ohlenhof oder die Überseestadt verfügen über erhebliche eigene Entwicklungspotenziale, die es sichtbar zu machen und zu entwickeln gilt. Ich sage auch dazu, das dürfen wir auf keinen Fall kleinreden oder schlechtreden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neben diesen Aktivitäten, die schwerpunktmäßig in meinem Ressort angesiedelt sind, gibt es infolge der Umsetzung des Leitbilds der Stadtentwicklung eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe unter der Federführung des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Diese Steuerungsgruppe tagt seit Ende November 2010, also jetzt schon über ein Jahr lang. Das Ziel ist die Erarbeitung eines effektiven ressortübergreifenden Abstimmungs-

und Umsetzungsmodells zur Bündelung der Leitbildhandlungsfelder für den Bremer Westen.

In Umsetzung eines Senatsbeschlusses ist eine AG „Bremer Westen 2020 plus“ eingesetzt worden, die ein integriertes Handlungskonzept erarbeiten soll. Das integrierte Handlungskonzept ist im Städtebauförderprogramm des Bundes quasi das richtungweisende Konzept, aus dem sich die Maßnahmen ableiten. Der Prozess wird begleitet und moderiert von Frau Dr. Künzel von dem Unternehmen COMO Consult GmbH in Hamburg. Diese Arbeitsgruppe hat von Juli bis Ende letzten Jahres in Workshops und thematischen Vertiefungsrunden vier Leitthemen identifiziert und bearbeitet. Die Leitthemen lauten: Talente und Bildung, Wirtschaft und Beschäftigung, Quartiere sowie Mitmachen und Bürgerstadt.

An diesen Aktivitäten waren mehr als 50 Personen aus den verschiedenen Ressorts beteiligt, aber auch Vertreter des Ortsamts, Vertreter des Beirats, des Sozialzentrums, der Volkshochschule, der Mevlana-Moschee, des Bürgerhauses, der Arbeitnehmerkammer, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Wirtschaftsförderung, des Gröpelinger Marketings, der Wohnungsbaugesellschaften und der Bürgerstiftung. Hier ist ein Prozess im Gange, der, wie ich finde, auch sehr gut mit den Akteuren vor Ort vernetzt ist und von dem wir uns gute Ergebnisse erwarten.

Im Moment werden diese Ergebnisse zusammengeschrieben von einer ressortübergreifenden Redaktionsgruppe, die dann den ersten Entwurf für ein Handlungskonzept vorlegen wird. Wir rechnen mit diesem Entwurf Mitte März 2012, in wenigen Wochen werden wir hier also schon ein Stück weiter sein. Wir werden das in die Gremien der Leitbildsteuerung einbringen, aber auch in den öffentlichen Diskurs, das heißt, dann wird auch die Stadtgesellschaft die Möglichkeit bekommen, diesen Entwurf mit zu diskutieren.

Dabei ist eben auch die im Antrag genannte Vorstellung über einen Aufbau einer Entwicklungsagentur West enthalten. Dafür soll jetzt ein konzeptioneller Vorschlag gemacht werden, den wir unter Einbeziehung der Staatsräte der verschiedenen Ressorts im Moment erarbeiten.

Wir schauen auch hier wieder nach Vorbildern in anderen Städten. Wir haben Herrn Hellweg, den Geschäftsführer der IBA in Hamburg-Wilhelmsburg, zum Bericht hier gehabt, wir sind auch dort gewesen und haben uns Wilhelmsburg angesehen. Das heißt, da schauen wir auch, was andere machen, die vor ähnlichen Problemen stehen wie Bremen.

In Bezug auf die Entwicklungsagentur West erwarten wir konkrete Ergebnisse bis Mitte dieses Jahres. Im Herbst wird es dann weitere öffentliche Veranstaltungen geben, um wiederum die lokalen Akteure, die Einrichtungen und die Stadtpolitik noch stärker in den Prozess einzubinden. Wir sind hier, glaube ich, auf einem sehr guten und konstruktiven Weg.

In diesem Sinne nehmen wir den Antrag gern an und werden weiter berichten, wie hier die weiteren Schritte vonstatten gehen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Von der Fraktion DIE LINKE ist beantragt worden, eine getrennte Abstimmung vorzunehmen. Über die Absätze eins und zwei sowie den Absatz drei lasse ich jetzt abstimmen.

Ich rufe zuerst die Absätze eins und zwei auf.

Wer den Absätzen eins und zwei des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/93 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU und DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Absätzen eins und zwei des Antrags zu.

Nunmehr lasse ich über den Absatz 3 des Antrags abstimmen.

Wer Absatz drei des Antrags der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/93 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Absatz drei des Antrags zu.

Quartier um die Discomeile am Breitenweg nachhaltig neu entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Februar 2012

(Neufassung der Drucksache 18/94 S vom 14. Februar 2012)
(Drucksache 18/97 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Friderich.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellt hier heute den Antrag „Quartier um die Discomeile am Breitenweg nachhaltig neu entwickeln“. Wir wollen mit diesem Antrag das Rad nicht neu erfinden, das Quartier um die Discomeile hat die Politik hier in der Bürgerschaft, aber auch in den Stadtteilbeiräten in der Vergangenheit wiederholt beschäftigt. Es gibt viele gute Ideen und viele Erkenntnisse zur positiven Veränderung dieser Partymeile, auf die jedes Wochenende circa 10 000 junge Menschen kommen, um zu feiern, zu tanzen und dem Alltagsstress zu entfliehen.

Wir wollen mit diesem Antrag dazu beitragen, aus der Discomeile ein für Bremen attraktives Eintrittstor zu machen. Wir wollen eine Discomeile, wo man mit Spaß sicher ausgehen kann, man sich wohlfühlt und wohin die jungen Leute nicht zum Trinken gehen, sondern weil es tolle Läden und kreativ gestaltete Räume, auch vor den Diskotheken, gibt. Wir wollen kreative Lichtkonzepte statt Schmutzedecken!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man sich den jetzigen Zustand anschaut, stellt man fest, dass die Sicherheit, die wir dort in den letzten Jahren erzielt haben, nur mit einem

immens hohen Polizeiaufwand erreicht wird. Wenn wir uns rund um den Breitenweg umschaun, sehen wir viel zu enge Bürgersteige, die den Massen junger Menschen nicht ausreichend Raum bieten können. Wir sehen ein hohes Aggressionspotenzial durch stark alkoholisierte Jugendliche, die sich mit Flaschen hochprozentigen Alkohols vor den Läden aufhalten. Wir sehen ein Meer von Glasflaschen und Scherben und das alles bei einer schlechten Beleuchtung.

Somit entstehen viele dunkle sogenannte Schmutzedecken und das alles am Eingang von Bremen, am Hauptbahnhof, wo Bremen sich den Gästen als Erstes präsentiert. Das sieht dort am Tag auch nicht wirklich schöner oder besser aus als in der Nacht. Deshalb wollen wir dort Diskothekenbetreiber und Gastronomen, die nicht nur das schnelle Geld machen wollen, sondern auf Qualität setzen und bereit sind, dafür auch Verantwortung zu übernehmen. Ich weiß, diese Betreiber gibt es.

Ich selbst habe der Discomeile vor ein paar Wochen einen nächtlichen Besuch abgestattet.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Hört, hört!)

Ich habe mit Diskothekenbetreibern, Türstehern, dem Verein zur Förderung akzeptierende Jugendarbeit, Sozialarbeitern und mit der Polizei vor Ort gesprochen. Ich möchte hier dem VAJA mit dem Team „Pro Meile“ auch ausdrücklich meine große Anerkennung aussprechen, die vor Ort jedes Wochenende bis in die frühen Morgenstunden deeskalierend wirken und sich dabei mit jungen Menschen auseinandersetzen müssen, die zum Teil stark alkoholisiert und aggressiv sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was wir mit diesem Antrag anstoßen wollen, ist ein ressortübergreifendes gemeinsames Projekt,

(Abg. Hinners [CDU]: Noch eines!)

das die Diskothekenbetreiber und Gebäudevermieter ebenso mit einbezieht wie Kreative und die jungen Leute, die dort Woche für Woche tanzen gehen, und natürlich auch den Beitrag Mitte, der seit Jahren mit dem Thema beschäftigt ist.

Wir wollen hier gemeinsam etwas Neues entwickeln, und da genau liegt unsere Chance. Wir wollen die bauliche Neugestaltung der öffentlichen Flächen, Gehwege, Straßen und Plätze, um die Aufenthaltsqualität so zu verändern, dass räumliche Gelegenheiten für Gewalt und Angsträume beseitigt werden und stattdessen Räume für Be-

*1) Vom Redner nicht überprüft.

gegnungen auch tagsüber und werktags entstehen. Geprüft werden sollte auch die Möglichkeit, den Fahrstreifen der Straße Breitenweg auf Höhe der Gastronomiebetriebe in den Nachtstunden zu sperren, um so mehr Fläche zu gewinnen und Fußgängerströme zu entzerren.

Wir wollen, dass ein Lichtkonzept für das Quartier erarbeitet wird, dass das Schmuttelimage der alten Discomeile beseitigt, positive Stimmung schafft und so auch gewaltpräventiv wirkt. Wir wollen, dass das Sicherheitskonzept weiterentwickelt wird, und zwar als Teil des neuen Gesamtkonzepts. Geprüft werden sollte, ob die Waffenverbotszone um eine temporär begrenzte Flaschenverbotszone erweitert werden kann.

Wichtig ist uns auch die Einbeziehung der Streetworker von „Pro Meile“ als integraler Bestandteil des neuen Konzepts Discomeile und die Einbeziehung ihrer Erfahrungen bei der Entwicklung des Konzepts. Es sollte auch geprüft werden, wie niedrigschwellige Beratungsangebote zu Alkohol-, Drogen- und Gewaltprävention integriert werden können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ferner fordern wir die Überprüfung des bestehenden Gastronomieangebots mit den damit verbundenen Prüfungen, wie Geschäftsmodelle begrenzt oder unterbunden werden können, die mit verantwortungslosem und gesundheitsgefährdendem Alkoholverkauf an jugendliche Besucher ihr Geschäft machen.

Die von mir aufgezählten Punkte zeigen deutlich, dass die Probleme, die wir auf der Discomeile haben, nicht allein aus dem Innenressort gelöst werden können oder sollten. Die Sicherheit ist natürlich ein ganz wichtiges Thema für diesen Bereich, aber wie soeben aufgezählt, brauchen wir die Betreiber, die Stadt- und Verkehrsplaner genauso wie das Sozialressort, das Wirtschafts- und Kulturressort und - nicht zu vergessen - die Beiräte und die jungen Menschen, die diesen Bereich jede Nacht neu erfinden und zu dem machen, was er ist.

Lassen Sie uns dieses Zukunftsprojekt gemeinsam anpacken, lassen Sie uns aus der ehemaligen Discomeile ein attraktives, lebendiges Aushängeschild von Bremen machen, egal ob am Tag oder in der Nacht! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neddermann.

Abg. Frau **Neddermann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heiterkeit, buntes Treiben, rhythmische Musik, Gelächter, viele junge Menschen in ausgelassener Stimmung, das ist die Vorstellung einer perfekten Partyszene, wie sie im Buche steht. Die Realität sieht leider anders aus. Als jugendpolitische Sprecherin, aber vor allen Dingen als Meilenbesucherin selbst weiß ich, dass die Bremer Discomeile diesem Idealbild nicht entspricht, sie fällt nämlich eher mit Negativschlagzeilen auf. Der massive Konsum von Alkohol oder von anderen Drogen sorgt jedes Wochenende für aggressive Auseinandersetzungen und gewalttätige Übergriffe.

Ein enger, mit Menschen überfüllter und nicht gut beleuchteter Gehweg, einige dunkle Nebenstraßen, viele düstere, nicht einsehbare Ecken, für mehrere Besucherinnen und Besucher stellt die Meile einen Angstraum dar, und tatsächlich bietet dieser Ort ein sehr hohes Konfliktpotenzial.

Durch verstärkte Polizeipräsenz, massive polizeiliche Einsätze und die gute Arbeit der Streetworker von „Pro Meile“ konnte die Situation in letzter Zeit zwar verbessert werden, aber eine Dauerlösung kann dies nicht sein. Um die benannten Probleme, die verschiedene politische Bereiche betreffen, in den Griff zu bekommen, muss ein ganzheitliches Konzept erstellt werden. Ziel ist es dabei, die Discomeile im Rahmen des Innenstadtkonzepts so weiterzuentwickeln, dass nachhaltig ein sicherer öffentlicher Raum für alle entsteht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

An diesem Prozess sollen alle Betroffenen mitbestimmen und mitwirken.

Im Vorfeld hat der Beirat Mitte schon Verbesserungsvorschläge gemacht. Diese sind bei der Neugestaltung mit einzubeziehen, und der Beirat ist bei der weiteren Planung fortgehend zu beteiligen. Disco- und Kneipenbetreiber dürfen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, sie müssen sowohl bei der Gestaltung als auch bei der Finanzierung einbezogen werden. Besonders wichtig ist es - dieser Punkt liegt mir insbesondere am Herzen -, den jungen Erwachsenen, die regelmäßig die Meile besuchen, Mitsprachemöglichkeiten zu geben. Jugendliche wollen und sollen mitbestimmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier geht es schließlich um einen Ort, den hauptsächlich sie nutzen. Da liegt es an ihnen, ihre Wünsche und Anregungen in die Debatte einzubringen, eine Bewerbung des Projekts dahingehend ist dabei ebenso erforderlich.

In dieser Debatte wird immer wieder gern die sogenannte Sperrstunde ins Spiel gebracht. An dieser Stelle ist es mir wichtig zu betonen, dass wir Grüne diese Sperrzeit kritisch betrachten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir denken, dass es die Problematik um Alkohol und Gewalt nicht löst, sondern im Gegenteil diese vielleicht noch verstärken könnte, wenn sich nämlich alle Besucherinnen und Besucher der verschiedenen Diskotheken zur gleichen Zeit auf der Straße tummeln, ins Viertel weiterziehen oder sich in überfüllten Bussen und Bahnen auf den Heimweg machen. Das sei hier aber nur am Rande gesagt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine tatsächliche Verbesserung der derzeitigen Situation kann unserer Meinung nach nur ein ganzheitliches ressortübergreifendes Konzept herbeiführen, daher fordern wir unter anderem, dass der öffentliche Raum unter dem Breitenweg, Auf der Brake, ganz neu gestaltet, ein Lichtkonzept entwickelt und die sogenannten Ein-Euro-Pubs überprüft werden sollen.

Das bestehende Sicherheitskonzept inklusive Waffen- und Flaschenverbotszone soll kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Das „Pro-Meile“- Team vom Verein für akzeptierende Jugendarbeit leistet eine sehr wertvolle Arbeit, beispielsweise kann seine Tätigkeit auch auf Kampagnen zum Thema Gewaltprävention ausgedehnt werden. Das Gebiet um den Rembertikreisel über den Breitenweg und Auf der Brake bis zu den Hochstraßen muss neben seinem unschlagbaren Partyangebot auch wieder als innerstädtisches Quartier belebt und erlebt werden.

Da hier Menschen wohnen, arbeiten, einkaufen und Ämter besuchen und abends und nachts eben auch feiern gehen, soll die Bahnhofsvorstadt auch im Zusammenhang mit der Bebauung und der Neugestaltung vor dem Bahnhof wieder ein Stadtteil werden, mit dem man sich identifizieren kann, denn den größten Beitrag zur Sicherheit gegen Vandalismus, Aggressionen und Vermüllung leistet diese Identifikation. Zwischen Viertel, Hauptbahnhof und Wallanlagen sind dafür eigentlich gute Voraussetzungen gegeben.

Für eine Neugestaltung dieses Quartiers bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren, den verantwortlichen Ressorts, dem Beirat und den zuständigen Fachabgeordneten, weswegen ich nun zunächst darum bitte, diesem Antrag zuzustimmen! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Neddermann, als Sie soeben sprachen, fiel mir auch sofort etwas zum Lichtkonzept ein. Machen wir doch einfach eine Lichterkette, dann ist das richtig schön!

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt aber zu Ihrem Antrag! Beim Lesen dieses Antrags, muss ich Ihnen ehrlicherweise sagen, sind mir mehr Fragen als Antworten gekommen. Eines ist klar - das steht ja in Ihrer Überschrift -, die Entwicklung der Bahnhofsvorstadt ist ein wichtiges Stadtentwicklungsprojekt. Ich glaube, das ist klar, das ist unbestritten. Was das jetzt aber mit dem Antrag zu tun haben soll, habe ich auch nicht so richtig verstanden. Es ist wieder ein Antrag im Konjunktiv, man müsste einmal, man sollte einmal. Sie machen jeden Tag eine neue Baustelle auf, und dann bleibt es dabei. Es kommt immer nur zu Ankündigungen auf Basis des Gesamtkonzepts in den Stadtentwicklungen, wie es in Ihrem Antrag steht, das haben Sie uns schon bei dem Innenstadtkonzept vorgetragen, da ist nichts passiert. Ob Ansgari oder Domshof, immer nur Ankündigungen!

Jetzt konkret zu Ihrem Antrag, Punkt eins! Eine temporäre Sperrung kann man machen, das klärt man ab, das kann man einmal ausprobieren, ob das funktioniert. Der Sinn ist klar, engere Wege, anrempeln, keine Frage, dafür brauchen wir aber nicht diesen Antrag, das können wir in der Bau-deputation mit der Innendeputation klären, ob wir das temporär machen, dann wird das einmal ausprobiert.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Also Zustimmung der CDU!)

Genauso ist es außerdem mit der Ausleuchtung, mit dem Lichtkonzept. Ich finde es gut, dunkle Ecken zu vermeiden. Das können Sie sich einfach ansehen, das hatten wir im letzten Jahr einige Male in dieser Stadt. Gehen Sie einmal auf die

Bürgerweide oder auf den Weihnachtsmarkt, da können Sie sich ansehen, wie man solche Sachen temporär versuchsweise ausleuchten kann, natürlich in LED-Technik, keine Frage! Das brauchen wir, ehrlich gesagt, nicht.

Das ist eine Frage des Geldes, das muss man einfach so sagen. Dafür brauchen wir diesen Antrag nicht, das ist staatliches Handeln. Eine Flaschenverbotszone gibt es auch schon. Wieder das gleiche Beispiel: Gehen Sie auf die Bürgerweide, dort kann man austesten, ob es funktioniert, das müssen Sie mit den Gastronomen abprechen!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Bürgerweide ist aber nicht Discomeile!)

Alles kein Problem! Diesen Antrag brauchen wir nicht, das ist staatliches Handeln.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Dreimal Ja!)

Jetzt geht es aber weiter. Wobei ich ehrlicherweise etwas stutzig geworden bin - ich bin beängstigt, da auch meine Kinder dort manchmal hingehen -, sind die Punkte fünf und sechs. Wenn Sie es hier so beschreiben, was dort passiert: Das muss ja Mord und Totschlag sein! Ich gehe davon aus, dass alle staatlichen Stellen alle gastronomischen Einrichtungen, ob Diskothekenbetreiber oder dergleichen, überprüfen, ob ihre Konzepte, die sie dort fahren, rechtens sind oder nicht. Es gibt klare staatliche Handlungsmaßnahmen: Wenn sie dort illegal handeln, wird es bestraft, dann wird die Konzession eingezogen, das hatten wir beim „StuBu“. Dazu brauchen wir im Grunde genommen diesen Antrag nicht.

(Abg. Werner [Bündnis 90/Die Grünen]: Also ist alles in Butter, oder?)

Das habe ich ja nicht gesagt! Die Frage ist nur immer Ihr Konjunktiv! Das ist alles staatliches Handeln, darüber müssen wir nicht reden, das ist normal. Wenn dort jemand illegal handelt, muss man reagieren.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Sie nehmen das Thema gar nicht ernst, Herr Strohmann! - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Viermal Ja!)

Punkt sieben, das muss ich ehrlicherweise sagen, habe ich gar nicht verstanden. Was will uns der Dichter damit sagen? Beispielsweise können junge Erwachsene selbst- oder mitverwaltete Gastronomieunternehmungen machen. Ist da an so etwas gedacht wie Schülerfirmen, die Bleistifte in der Schule verkaufen? Sollen die jetzt Gaststätten

oder Diskotheken betreiben? Das habe ich ehrlicherweise nicht verstanden. Ich will es noch einmal konkret sagen, da ich es vielleicht ein bisschen überzogen habe.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ganz leicht!)

Natürlich ist die Problematik der Discomeile nach wie vor akut, aber dabei geht es um staatliches Handeln. Hören Sie endlich auf, im Konjunktiv zu sprechen, tun Sie einfach etwas! Der Antrag ist ja nicht falsch, aber er ist ehrlicherweise überflüssig, wir könnten alles schon lange umgesetzt haben, und deswegen werden wir ihn nicht mittragen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Strohmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Strohmann** (CDU): Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Strohmann, ist Ihnen bewusst, dass die Bremische Bürgerschaft Teil des Staates ist, und zwar die Legislative, und wir deswegen über staatliches Handeln reden?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Abg. **Strohmann** (CDU): Das ist richtig, aber was Sie hier tun, ist redundant. Anträge, die im Konjunktiv geschrieben sind, brauchen wir nicht, wir können handeln,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie können gar nichts!)

wir können das schon machen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Garling [SPD]: Die CDU schaut zu!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird ein Konzept zur Neugestaltung, man will die Discomeile nachhaltig neu entwickeln. Ich sage vorweg, wir werden uns

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

bei diesem Antrag enthalten, weil wir das Konzept erst einmal abwarten wollen.

Das Konzept nennt ein paar Punkte, die ich relativ wichtig finde. Ich bin ziemlich sicher, dass man durch eine bauliche Neugestaltung dieser Flächen eine ganze Reihe der Probleme, die es dort gibt, ausräumen kann, und ich bin auch relativ sicher, dass es dann auch besser aussieht. Man kann mit Sicherheit ein Lichtkonzept machen, dann ist es dort etwas sicherer und sieht auch besser aus.

Ob es eine Flaschenverbotszone geben muss, weiß ich nicht. Ich werde, wie gesagt, schauen, was das Konzept dazu sagt. Ich bin mir relativ sicher, dass es eine ganze Menge Menschen gibt, die einfach deswegen mit einer Flasche draußen stehen, weil sie sich drinnen die Preise nicht leisten können. Wir werden sehen, ob das das Ziel dieses Flaschenverbots ist oder nicht. Man kann natürlich die Streetworker von „Pro Meile“ mit einbeziehen, das ist alles richtig, und man kann natürlich das Gastronomieangebot überprüfen.

Was ich nicht richtig finde, und deswegen werden wir warten, bis das Konzept herausgekommen ist: Wir sind sehr dafür, die Gewalt und den Alkoholmissbrauch einzudämmen, aber wir sind nicht dafür, die Party einzudämmen. Die Leute, die Party machen, definieren sich in der Regel über sich selbst. „Schöner Wohnen“-Partys, wie sie hier eben formuliert worden sind, mit kreativen, schönen, gewaltfreien, fröhlichen jungen Menschen, die ein begrenztes Maß an Alkohol genießen und keinesfalls über die Stränge schlagen, solche Partys gibt es,

(Heiterkeit)

aber ich sage einmal, dass sich die Jugendlichen ihre Partys in der Regel selbst definieren.

Ich bin mir relativ sicher, dass man mit einem solchen Konzept möglicherweise ein paar Dinge begrenzen kann, aber wir werden überprüfen, ob es eine Verdrängung darstellt.

Ich habe heute gehört, dass der Bahnhofsvorplatz verkauft worden ist - der Kaufvertrag sei unterschrieben worden -, und ich bin auch relativ sicher, dass im Zuge des Verkaufs dieses Viertel aufgewertet werden soll, dass man dieses Viertel für sogenannte Investorinnen und Investoren attraktiv machen will und dass dies einer der Hauptgründe ist, warum man es hier zur Sprache bringt. Man will dort einfach keine Schmutzdecke mehr haben! Es steht ja auch im Antrag: Wir wollen keine Schmutzdecke mehr, es soll ein Aushängeschild werden, es soll eine Ausgehmeile werden. Ich sage einmal ganz deutlich: Jede Stadt muss

sich fragen lassen, ob sie nicht auch so etwas wie eine Schmutzdecke braucht. Wenn man die Leute, die sich dort versammeln, als Schmutzdelinquenten diskreditiert, dann hat man nichts gewonnen.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist doch totaler Quatsch!)

Deswegen sage ich ganz deutlich, wir werden warten, bis dieses Konzept auf dem Tisch liegt. Dann wird sich zeigen, ob es ein Konzept zur Eindämmung der Probleme, die es dort unbestreitbar gibt, oder zur Verdrängung von Menschen aus diesem Stadtteil ist. Letzteres werden wir nicht mittragen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht nicht darum, die Jugend zu verdrängen!)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Kollege Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich fand es von der Rednerin und den Rednern der Koalitionsfraktionen sehr erfrischend, dass sie aus unterschiedlichem persönlichem Erleben eines Abends oder einer Nacht auf der Discomeile berichtet haben. Ich bin mir mit dem Herrn Kollegen Rupp einig, wir haben uns eben auf dem Weg hierher verabredet, dass wir uns auch einmal ansehen wollen, was dort nachts los ist.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Zum Geburtstag heute!)

Er hat heute Geburtstag, vielleicht schaffen wir das noch!

Unbestritten ist, glaube ich, in diesem Hause - das haben alle Diskussionsbeiträge gezeigt -, dass wir es hier mit einem großen Stück Jugendkultur zu tun haben. Es sind 10 000 junge Menschen jedes Wochenende, die zum großen Teil auch von außerhalb Bremens kommen, die unsere Stadt besuchen, die dort ihre Freizeit verbringen und feiern. Wir wissen außerdem, das ist von Frau Neddermann und Herrn Senkal auch dargelegt worden, welche komplizierten Situationen es dort gibt und in welchen Bereichen Verbesserungen anzustreben sind.

Ich möchte noch einmal den Blick darauf richten, weil Herr Rupp irgendwie noch darauf gekommen ist, dass der Bahnhofsvorplatz verkauft werde und wir den Bereich jetzt schön und schnell aufhübschen müssten, weil die großen Investoren kämen. Darum geht es gar nicht!

(Abg. Frau Garling [SPD]: Nein, überhaupt nicht! Null!)

Für uns als Regierungskoalition - und das haben wir in diesem Antrag auch noch einmal deutlich gemacht - bedeutet das, dass dies ein Bestandteil der gesamten Innenstadtentwicklung ist. Zur gesamten Innenstadt gehört nach meinem Verständnis selbstverständlich auch das Ansgari-Quartier. Herr Strohmann, Sie haben gesagt, dass dort gar nichts passiere, aber Sie wissen, dass wir laut Terminplanung in der nächsten Sitzung der Baudeputation einen Bericht bekommen werden, welche Fortschritte es in diesem Bereich in den Verhandlungen und den Entwicklungen gegeben hat. Das werden wir diskutieren, und ich kann sagen, dass hier der Senat und die Ressorts sehr aktiv sind.

Der nächste Punkt ist der Bahnhofsvorplatz. Es wurde hier breit diskutiert, was dort passieren soll und dass wir eine Aufwertung brauchen. Das haben wir sogar hier in Aktuellen Stunden diskutiert. Für mich und für unsere Fraktion gehört aber nicht nur der Bahnhofsvorplatz, sondern genauso die Bahnhofsvorstadt als ein Bestandteil der Innenstadt dazu.

Wir haben vorher über den Bremer Westen und die Fragen einer sozialen Stadtentwicklung diskutiert, und so ist es auch für die Bahnhofsvorstadt in unmittelbarer Nähe dieser Quartiere wichtig, eine Politik zu entwickeln. Deshalb betone ich noch einmal, dass auch der Bereich um die Diskomeile ein Bestandteil der gesamten Innenstadtentwicklung ist und wir ihn nicht isoliert sehen dürfen. Das ist vollkommen richtig in den Diskussions- und Redebeiträgen der Rednerin und des Redners der Koalitionsfraktionen dargelegt worden.

Man könnte nun sagen, Herr Rupp, dass wir abwarten, was dabei herauskommt, aber ich glaube, dass das ein Fehler ist. Entwicklungskonzepte sind das eine, aber ich glaube, dass wir sie auch immer mit konkreten Aufforderungen begleiten müssen. Da hat Herr Dr. Kuhn vollkommen recht: Dieses Parlament ist auch dazu da, dort, wo es noch nicht genügend vorangeht, Initiativen zu ergreifen. Das ist, glaube ich, in diesem Antrag auch vollkommen richtig formuliert worden. Es gibt einen Problembereich, der nach Handlung ruft, und deshalb glaube ich, dass all diese Fragestellungen vollkommen berechtigt sind.

Ich verweise noch einmal auf den Punkt acht, in dem wir den Senat auffordern, Prüfungen vorzunehmen und insbesondere mit dem Beirat Mitte ein Verfahren - das finde ich sehr löblich und absolut wichtig - zu beginnen, weil wir sehr genau wissen, dass diese Fragen im Beirat Mitte über

lange Jahre mit vielen Beteiligten sehr intensiv diskutiert worden sind. Das darf man nicht einfach beiseiteschieben, sondern im Gegenteil, ich finde es absolut richtig und gut, dass es mit aufgenommen und in die Gesamtentwicklung integriert wird und dann gesagt wird: Wir erwarten, dass bis zum Jahresende eine konkrete Prüfung vorgenommen werden soll und ein Konzept zu entwickeln ist.

Deshalb zusammenfassend noch einmal zur städtebaulichen Seite: Es ist keine isolierte Forderung, sondern sie ist in das Gesamtkonzept der Innenstadt integriert.

Der letzte Punkt ist, dass ich sehr dankbar bin, dass alle, die es auch persönlich erleben und dabei sind, das hier vermittelt haben, und ich stimme aus vollem Herzen zu, dass es eine gute und richtige Initiative ist. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Hinners.

Abg. **Hinners** (CDU)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun interessiert es mich aber doch, was das Ganze hier werden soll. Soll es eine völlige Veränderung der sogenannten Discomeile werden? Einige Redner, insbesondere Herr Pohlmann, haben doch aus meiner Sicht sehr Nachdenkenswertes - was ja nicht so häufig vorkommt - an den Tag gelegt.

(Heiterkeit bei der CDU - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht persönlich werden!)

Nein, das war nicht persönlich gemeint!

(Abg. Pohlmann [SPD]: Immer auch den Spiegel vorhalten, Herr Hinners! - Abg. Röwekamp [CDU]: Das war an das ganze Parlament gerichtet!)

Das war an das ganze Parlament gerichtet, genau!

Einerseits wird hier von der Veränderung baulicher Maßnahmen gesprochen, und andererseits werden hier Sicherheitsbedenken aufgezeigt, die sicherlich vorhanden sind; ich wäre der Letzte, der das nicht bestätigen würde. Aber lassen Sie doch die Katze aus dem Sack: Was wollen Sie? Wollen Sie durch, sagen wir einmal, überschaubare bauliche Maßnahmen die Sicherheit der Discomeile aufwerten, oder wollen Sie die Discomeile so ver-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

ändern, dass sie einen völlig anderen Charakter bekommt? Das sollten Sie hier schon deutlich sagen. Wenn ich Herrn Pohlmann eben richtig verstanden habe, ist eher Letzteres gemeint.

Um noch einmal auf die Sicherheitslage einzugehen! Es ist natürlich nicht hinzunehmen, dass wir dort seit Jahren an jedem Wochenende 30 Polizisten brauchen, um einigermaßen für Sicherheit zu sorgen, Frau Neddermann hat darauf hingewiesen. Ich bin zwar in den letzten Jahren nicht als Discogänger dort gewesen, aber mehrfach mit der Polizei, und ich kann nur bestätigen, was Sie gesagt haben. Es ist nicht hinzunehmen, dass dort an jedem Wochenende massive Rechtsverletzungen begangen werden, gar keine Frage. Deswegen haben wir in der Innendeputation auch schon über viele Maßnahmen und das, was dort noch verbessert werden kann, gesprochen, beispielsweise Hausverbote, worauf wir vom Senator bisher auch noch keine Antwort bekommen haben. Auch an dieser Stelle haben wir viele Ankündigungen, und es sind in der Vergangenheit viele Konzepte angesprochen worden, aber so richtig ist dort noch nichts erledigt worden.

Jetzt sagen Sie einmal ganz deutlich: Was wollen Sie? Wollen Sie durch geringfügige Eingriffe in die Lichtstruktur und so weiter die Sicherheitslage verbessern, oder wollen Sie ein gesamtes Verkehrs- und Baukonzept für die Innenstadt einschließlich der Discomeile erarbeiten und damit den Charakter der Discomeile verändern? Das sollten wir hier heute schon einmal hören. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Kollege Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, Herr Hinners, ich sehe keinen Widerspruch darin, die Qualität zu verbessern, aber auch für Sicherheit zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist auch nicht die Frage, ob wir es in diese oder in jene Richtung verändern wollen. Da schaue ich auch zu Herrn Rupp, wenn Sie sich das doch noch einmal anschauen, wie die Situation gerade ist: Wir haben auf der einen Seite dort junge Menschen, die auf engstem Raum teilweise

sehr stark alkoholisiert oder von anderen Drogen, die dort im Spiel sind, beeinträchtigt die Meile hinauf und hinunter laufen, bei denen ein Potenzial an Aggression vorhanden ist. Auf der einen Seite gibt es die Jugendlichen, die feiern wollen und eine andere Qualität - das meine ich mit Qualität - mitbringen. Dann gibt es auch junge Menschen, die einfach darauf aus sind, tagtäglich oder abends einfach nur Randalen zu machen.

Es ist doch unser Ziel, ein Gesamtkonzept zu machen und zu sagen, dass eine Qualität des Publikums erlangt wird - das muss aber nicht heißen, dass es ein elitäres Publikum ist -, über das man sagen kann, dass es nicht auf Randalen aus ist.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Aufenthaltsqualität!)

Man muss schauen, es irgendwie zu schaffen, die Aufenthaltsqualität zu steigern. Das ist kein Widerspruch. Somit haben wir, finde ich, erst einmal eine große Chance, das Thema jetzt vom Bereich Inneres beziehungsweise von innenpolitischen Themen mit der Polizei, mit der massiven Polizeipräsenz, ein bisschen wegzunehmen und es bei Bau, Umwelt, Stadtentwicklung unterzubringen, weil es dahin gehört.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man muss es als ein Gesamtkonzept zu betrachten, wie wir diese Meile, diese Räume verändern können, um dann zu sagen, da kann man Qualität schaffen. Soviel dazu!

Herr Rupp, ich kann damit leben, dass Sie sagen, ich warte es erst einmal ab, was dann passiert, und werde dann zustimmen oder nicht zustimmen, das ist vollkommen in Ordnung. Von dem, was aber Herr Strohmann hier gemacht hat, muss ich einmal ehrlich sagen, nehme ich jetzt aus den fünf Minuten mit, die Sie vorhin mit uns debattiert haben: Ich habe verstanden, dass Sie dem Lichtkonzept zustimmen.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Einmal ja!)

Ich habe verstanden, dass Sie der Sperrung des Breitenwegs zustimmen.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]:
Zweimal ja!)

Ich habe verstanden, dass Sie der Flaschenverbotszone zustimmen.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dreimal ja!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Ich habe verstanden, dass Sie den gesamten Antrag nicht verstanden haben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt tatsächlich Menschen in diesem Raum, die zählen können, wunderbar!

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann auch weiter!)

Ja, bitte! Mich stört das nicht, keine Sorge! Wenn es notwendig ist, das zu beweisen, dann kann man das gern machen.

Ich möchte zu drei Sachen Stellung nehmen! Herr Pohlmann sagte gerade, die Entwicklung dieses Viertels ist völlig unabhängig von dem Verkauf oder der Entwicklung des Bahnhofsvorplatzes. Ich habe es andersherum in Erinnerung. Bei der Debatte um den Bahnhofsvorplatz wurde selbstverständlich sofort mitdiskutiert, wenn wir da so ein wunderschönes Einkaufszentrum, Bürohochhaus mit einer hervorragenden Gastronomie und exzellenten Einzelhandelsflächen haben, dann können wir uns solch einen schmutzigen Hinterhof nicht leisten, deswegen haben wir insbesondere die Aufgabe, das aufzuräumen. Ich kann es jetzt nicht zitieren, aber ich habe das noch sehr deutlich im Ohr.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war Ihre Erfindung von Zusammenhängen!)

Wir können da vielleicht die Debatte nachschauen, denn das war genau das Thema.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Wesen und Erscheinung - nennt man das! - Abg. Dr. Güldner - [Bündnis 90/Die Grünen]: Irgendwann glaubt man seinen eigenen Behauptungen!)

Das stimmt! In diesem Fall ist es nicht so. In diesem Fall wurde, als der Bahnhofsvorplatz diskutiert wurde, genau die Frage gestellt, was wir eigentlich mit der Bahnhofsvorstadt und mit der Discomeile machen.

Selbstverständlich werden wir das Konzept auch begleiten, aber wir werden nicht einfach nur abwarten. Wir stimmen diesem Antrag nicht zu, weil wir diese Kriterien ein Stück weit ungenügend finden und weil beispielsweise das Kriterium, dass dort nicht elitär aufgewertet werden soll, nicht dar-

in steht. Da steht, dass wir eine Ausgehmeile oder eine Tanzmeile, ein Ausgehquartier wollen. Für mich riecht das - das ist wahrscheinlich wieder nur meine Wahrnehmung - nach Gentrifizierung. Wir werden sehen! Deswegen schauen wir einmal, welches Konzept dabei herauskommt.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Sie waren früher auch einmal in der Tanzschule!)

Jetzt hat Herr Pohlmann noch einmal gesagt, das Ganze sei in ein städtebauliches Gesamtkonzept mit Innenstadtentwicklung und Bahnhofsvorplatz eingebunden. Ich möchte daran erinnern, dass ich einmal in diesem Zusammenhang gefragt habe, ob es eigentlich irgendeine Form von Abschätzung gibt, wie viel Gastronomie wir eigentlich von der Überseestadt bis zum Bahnhofsvorplatz brauchen. Wie viele Einzelhandelsflächen brauchen wir eigentlich von der Überseestadt bis zum Bahnhofsvorplatz? Wie viele Büroflächen brauchen wir eigentlich? Auf all diese Fragen gibt es keine Antworten.

Es wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Form von nachahmender Fehlplanung produziert. Da andere Städte eine dichtere Konzentration von Einzelhandelsflächen in der Innenstadt haben, muss Bremen das auch haben, wissend, dass Bremen im Schnitt ungefähr genauso viele Einzelhandelsflächen hat wie andere Städte, nur eben nicht in der Innenstadt.

Die Frage, ob es eine Kaufkraftbetrachtung gibt, ob man überhaupt ungefähr weiß, wie viele Menschen denn hierher nach Bremen kommen, wie viel Kaufkraft die haben, wie viele Menschen hier leben und wie das Verhältnis zu Einzelhandelsfläche und zu Gastronomie ist, das kann man nicht auf den Penny ausrechnen, aber man kann ein Gefühl dafür bekommen, ob es nicht irgendwann zu viel ist. Ein solches Konzept gibt es einfach nicht. Deswegen ist es ein Stück weit schwierig, einfach zu sagen, wir passen die Bahnhofsvorstadt in dieses Konzept ein, und es ist deshalb, weil es dort eingepasst ist, kein Gentrifizierungsprojekt. So viel vielleicht noch zu dem Thema!

Wir bleiben dabei, wir werden uns bei diesem Antrag enthalten, und wir werden schauen, wie das Konzept hinterher aussieht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte zeigt tatsächlich,

wie sehr die Themen verschiedener Ressorts - einmal aus dem Bereich des Innenressorts Kriminalitätsbekämpfung, aber auch des Städtebauresorts und des Sozialressorts - hier ineinandergreifen. Schon im Januar 2006 ist zu diesem Thema eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet worden, damals unter der Federführung des Senators für Inneres und Sport. Im Moment geht die Debatte ein bisschen mehr in Richtung des Bauresorts, und ich glaube, es ist auch richtig, dass wir den öffentlichen Raum hier tatsächlich ein Stück weit neu gestalten müssen, um eine höhere Aufenthaltsqualität zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen eine positive Identitätsbildung der Menschen mit diesem Quartier erreichen. Ich denke, es ist ein wichtiger Punkt, die öffentlichen Flächen für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erweitern, sodass man sich dort begegnen kann, ohne unfreiwilligen Körperkontakt zu haben, wenn sich dann dort größere Gruppen auf engem Raum drängen. Wir wollen die Fußgängerströme dort entzerren.

Es gibt bereits auch solche Konzepte, die bislang teilweise an der Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer und Betreiber gescheitert sind. Ich denke, es ist auch wichtig, sich das einmal vor Augen zu halten. Das ist übrigens auch bei anderen Quartieren so, die heute angesprochen wurden. Auch das Ansgari-Quartier, Herr Strohmann, ist ja solch ein Quartier, bei dem wir auch die Mitwirkung der Eigentümer brauchen, und es ist etwas, das Verhandlungen bedarf. Ich denke, gerade Ihrer Partei legt auch immer großen Wert auf den Schutz des Eigentums.

(Abg. Strohmann [CDU]: Sie nicht?)

Ihre besonders! Wir müssen noch über die Grammatik sprechen, aber das machen wir gleich.

(Abg. Imhoff [CDU]: Aber Sie haben es ja verstanden!)

Da müssen wir einfach verhandeln.

Stichwort Grammatik! Ich habe noch einmal den ganzen Antrag durchgelesen - ich habe ihn ja nicht geschrieben -, und ich habe keinen einzigen Konjunktiv gefunden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen. - Abg. Strohmann [CDU]: Meinen Sie, mit solchen Spitzfindigkeiten wird es jetzt besser?)

Herr Strohmann, grammatikalisch hat es sich nicht bestätigt. Es muss etwas anderes sein, das Sie an dem Antrag gestört hat.

Auch beim Lichtkonzept - ich kann sagen, auch das halte ich für eine Maßnahme, die eigentlich mit vergleichsweise überschaubarem Aufwand tatsächlich die Wahrnehmung positiv beeinflussen und auch für mehr subjektive Sicherheit sorgen kann - brauchen wir die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer und Betreiber. Das heißt, wir sollten wirklich versuchen, diesen Diskussionsprozess mit vereinten Kräften dahin zu treiben, dass sich möglicherweise Eigentümer bewegen, die sich in der Vergangenheit nicht bewegt haben.

Ich will jetzt nicht so sehr auf die Themen des Innenressorts, des Innensenators eingehen, kann aber auch nur bestätigen, dass dieses Projekt „Pro Meile“ des Vereins zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit vom Senat nicht nur außerordentlich begrüßt, sondern auch finanziert wird, darauf möchte ich hinweisen. Auch hier haben wir versucht, die Betreiber dazu zu bewegen, sich dem anzuschließen. Das hat einmal für ein Jahr mit relativ begrenztem Engagement geklappt, dann ist das wieder eingeschlafen und auch an der Finanzierung gescheitert. Das heißt, wir haben hier tatsächlich eine etwas schwierige Klientel und müssen sehen, wie wir hier vorankommen.

Wir wollen das Gastronomieangebot erneut überprüfen, weil es möglicherweise tatsächlich sein kann, dass dort auch gegen geltendes Recht verstoßen wird. Beispielsweise regelt der Paragraph 4 Absatz 1 Bremisches Gaststättengesetz, dass es verboten ist, in Ausübung eines Gewerbes alkoholische Getränke an erkennbar Betrunkene zu verabreichen. Das ist richtig, da müssen wir möglicherweise die Kontrolldichte erhöhen. Das Wirtschaftsressort hat auch angekündigt zu prüfen, ob die alkoholischen Getränke möglicherweise zu nicht kostendeckenden Preisen abgegeben werden. Auch das ist etwas, das nicht zulässig ist.

Ich denke, wir müssen uns mit diesem Quartier weiter beschäftigen. Ich glaube, dass in gewisser Weise auch schon die Neubebauung des Bahnhofsvorplatzes, wie ich hoffe, positiv abstrahlen wird. Das ist ganz einfach so, und ich denke, wir haben im Rahmen des Innenstadtkonzepts verschiedene Maßnahmen in Arbeit, um hier zu einer Aufwertung zu kommen, und sollten daran einfach mit vereinten Kräften arbeiten. Wir werden dann auch, wie das in dem Antrag gefordert ist, mit dem Beirat weiter in Kontakt bleiben und der Stadtbürgerschaft über den Fortgang berichten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 18/97 S, Neufassung der Drucksache 18/94 S, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(CDU und DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 15. Februar 2012
(Drucksache 18/95 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Änderung der Aufgaben des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU vom 21. Februar 2012
(Drucksache 18/99 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 18/99 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wir sind an das Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 16.56 Uhr)